Deutsche Allgemeine Zeitung

Norddeutsche Allgemeine Zeitung

Das Blatt erscheint täglich zweimal, Sonntags als Morgenausgabe. Der Bezugspreis ist vierteljährlich Mark 15.—, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Bestellungen werden bei allen Postanstalten angenommen.

Berlin SW 48, Wilhelmstraße 32
Schriftleitung: Berlin SW 48, Wilhelmstraße 30/31.
Fernsprecher:
Schriftleitung: Kollendorf 4783, 4784, 4785, 4786, 4787, 4788.
Geschäftsstelle: Kollendorf 5980, 5981, 5982, 5983, 5984, 5985, 5986, 5987, 5988.

Preis für die Anzeigenzeile Mk. 1.20 zuzügl. 20% Teuerungszuschlag; für die Reklamezeile Mk. 5.— zuzügl. 20% Teuerungszuschlag. Stellengesuche 60 Pfg. für die Zeile zuzügl. 20% Teuerungszuschlag.

Nummer 577. Montag, 24. November 1919. Morgen-Ausgabe. 59. Jahrgang.

Das erhoffte Kompromiß.

Eigene Drahtmeldung.

A. Zürich, 22. November.

Die französische Presse, und zwar sowohl die bürgerliche „Presse de Paris", wie die sozialistische „Feuille du Commune", vermeiden im allgemeinen, auf die durch die Senatsverhandlungen in Amerika geschaffene Lage näher einzugehen. Nur der „Temps" gibt in einem kurzen Artikel der Hoffnung Ausdruck, daß noch eine Lösung gefunden werden könne, die dem amerikanischen Senat Genugtuung gebe, ohne darum die Vereinigten Staaten außerhalb des Versailler Vertrags zu stellen. Das Blatt bezieht sich hierbei auf die Erklärungen Robert Cecils, wonach der Völkerbund selbst im Falle einer Nichtratifizierung durch Amerika bestehen müsse. Der „Temps" billigt diesen Standpunkt, ist aber immerhin ehrlich genug, offen zuzugeben, daß in solchem Falle von einem dauerhaften Bestand dieser Organisation keine Rede sein könne.

In einer Washingtoner Meldung heben die bürgerlichen Pariser Blätter hervor, daß, wenn Amerika in seiner Haltung beharre, daraus auch ernste Folgen für die Vereinigten Staaten selbst entstehen könnten. Gewisse gesetzliche Fragen, die sich aus den Bestimmungen des Versailler Vertrags ergäben, könnten nicht geregelt werden. Hierher gehöre z. B. die Zuweisung und Verteilung der deutschen Schiffe sowie des anderen deutschen Eigentums, soweit es von der Regierung der Vereinigten Staaten beschlagnahmt worden ist. Die amerikanische Regierung habe die Absicht, auch diese Frage und die sich daraus ergebenden Schwierigkeiten dem Senat zu unterbreiten.

Die französische Zurückhaltung bei der Beurteilung dieser Frage erklärt sich wahrscheinlich daraus, daß, wie aus Mailänder Meldungen hervorgeht, in amerikanischen Konferenzkreisen Telegramme eingetroffen sind, welche die Aussicht auf eine Einigung zwischen der amerikanischen Regierung und der Opposition etwas günstiger erscheinen lassen. Nach diesen Meldungen dürfte die Stimmung in republikanischen Kreisen doch nicht so unnachgiebig sein, wie die ersten in Paris eingetroffenen Nachrichten versicherten. Ein Kompromiß erscheint nicht mehr als unbedingt ausgeschlossen, sofern Wilson die beiden Vorbehalte in der Schantungfrage und dem Artikel 19 der Völkerbundsverfassung anerkennen würde. Voraussetzung des Kompromisses wäre jedoch, daß darüber eine Einigung mit den Verbündeten zustande käme. Der aufkeimende Optimismus in Paris wird ferner begünstigt durch die Haltung der amerikanischen Konferenzmitglieder, die, wie bisher, an den Konferenzarbeiten teilnehmen. Man faßt diese Tatsache als Beweis dafür auf, daß die Ratifizierungsfrage noch nicht als endgültig erledigt betrachtet werden dürfe.

Konferenzen im Weißen Hause.

Eigene Drahtmeldung.

St. Haag, 23. November.

In Kreisen der Friedenskonferenz ist man sehr erstaunt, daß die Regierung in Washington die amerikanische Delegation nicht genügend über die Lage auf dem laufenden hält. Man ist der Ansicht, daß die amerikanische Regierung nicht den vollen Ernst der Lage bekanntgeben will, weil sie befürchtet, in diesem Falle würden die anderen Delegationen den Ansichten der Amerikaner künftig nicht mehr Rechnung tragen.

Im Weißen Hause finden fortwährend Konferenzen der demokratischen Senatoren statt.

Amsterdam, 23. November. Die „Exchange Telegraph Company" meldet dem „Telegraaf" zufolge aus Washington, daß nach Erklärungen regierungsfreundlicher Senatoren Präsident Wilson gegen den Antrag Lodge sein Veto einlegen wird. Wilson halte sich dazu für berechtigt, während die Republikaner der entgegengesetzten Ansicht seien. Die Folge werde sein, daß der Krieg, wenn Lodge die notwendige Zweidrittelmehrheit zur Außerkraftsetzung des Vetos nicht aufbringen könne, offiziell nicht beendet sein würde.

* * *

Einen wirklichen Begriff von den wahren Gründen, die dem amerikanischen Volk seinen Entschluß so schwer machen, kann uns nur ein Blick in die Presse des Landes verschaffen, die — natürlich mit parteipolitischer Färbung — die Stellungnahme der Oeffentlichkeit registriert. Vor uns liegt ein Bericht der „New York Tribune" über eine Massenversammlung, die am 18. Oktober im New Yorker Madison Square Garden stattfand, und in welcher der Senator Reed von Missouri unter starkem Beifall u. a. folgendes ausführte:

Er nannte den Vertrag von Versailles das „Infame Dokument", ein ungeheures Finanzprojekt, durch welches einige Mächte sich ihr europäisches und asiatisches Anlagekapital sichern wollten, während an eine befriedigende Lösung der großen Fragen niemand gedacht habe. Wo bleibe Irland? Was werde aus Aegypten, wo neun Millionen Einwohner gegen die britische Herrschaft protestierten, oder aus Persien, das tatsächlich ohne Zustimmung des Volkes aufgesogen werde? Zur Schantungfrage müsse man jetzt wohl oder übel ja sagen und wie Pilatus seine Hände in Unschuld waschen; aber sei nicht China auch dem Verbande verbündet? Hätten nicht Chinesen an der Westfront Schützengräben ausgehoben? Und doch würden sie jetzt zum Gegenstand eines geheimen Raubhandels gemacht. Von allgemeiner Abrüstung spreche niemand mehr; das britische Reich erhöhe seine Friedensstärke von 300 000 auf eine Million Mann, ähnlich machten es Frankreich und Italien, Japan baue Kriegsschiffe und treffe Kriegsvorbereitungen jeder Art. Die Vereinigten Staaten wären so gezwungen, als Mitglied des Völkerbundes, der doch dem ewigen Frieden dienen solle, ein stehendes Heer von 500 000 Mann für 900 Millionen Dollar jährlich und die größte Kriegsflotte, die jemals in der Geschichte auf einmal gebaut wurde, für 913 Millionen Dollar zu halten.

Durch den Artikel X sei Amerika gezwungen, seine Söhne, wo immer der Völkerbund es wünsche, kämpfen zu lassen zum Schutze von Ländern und Völkern, die Amerika gleichgültig seien, nachdem man vorher dem Volk gesagt habe, die Armee werde sofort nach Friedensschluß entlassen. Ebenso habe man dem Volke verheimlicht, daß das britische Reich sechs Stimmen im Völkerbund haben werde; nur durch die Debatten im kanadischen Parlament sei es ans Licht gekommen. Die Ungerechtigkeit, die darin liege, werde sogar von englischen Publizisten zugegeben.

Tittonis Nachfolger.

Mailand, 23. November. Der „Corriere della Sera" bestätigt, daß Senator Scialoja als Minister des Aeußern Tittoni nachfolgen werde.

Rückkehr des Delegierten Simson.

Befragung des Reichskabinetts.

Eigene Drahtmeldung.

St. Haag, 23. November.

Der deutsche Delegierte Simson ist gestern abend von Paris nach Berlin zurückgereist, um Regierung und Nationalversammlung über die neuen Bestimmungen des Zusatzprotokolls Bericht zu erstatten und mit ihnen zu beraten.

Paris, 23. November. Die „Presse de Paris" schreibt, daß die Abreise Simsons mit seinem ganzen technischen Gefolge nach Berlin zu zahlreichen Kommentaren Anlaß gegeben habe. Das Blatt fügt bei, daß Simson diese plötzliche und unvorhergesehene Entschließung im Anschluß an eine Besprechung mit den französischen Delegierten Dutasta und Berthelot gefaßt habe. Er konferierte auch mit den englischen und amerikanischen Bevollmächtigten. Simson erklärt seine Abreise damit, daß das Deutschland zur Unterzeichnung vorgelegte Protokoll betreffs der Nichtinnehaltung des Waffenstillstandes und der über die Einzelheiten der Ausführung des Friedensvertrages gepflogenen Verhandlungen eine Befragung des Reichskabinettes notwendig mache. Er fügte nicht bei, daß er zu einem bestimmten Zeitpunkt wiederkommen würde. Dies macht den Austausch der Ratifikationsurkunden vor dem 1. Dezember nahezu unmöglich, d. h. der Friede wird nicht an dem vom Obersten Rat grundsätzlich festgesetzten Zeitpunkte in Kraft treten können.

Poincaré in Straßburg.

Straßburg, 23. November. (Havas.) Präsident Poincaré und die Marschälle Foch, Pétain und Joffre nahmen eine Truppenschau ab. Später fand ein Bankett statt, bei dem Poincaré die Vertreter der ausländischen Universitäten begrüßte, deren Anwesenheit beweise, daß das Weltgewissen die Rückkehr Elsaß-Lothringens zu Frankreich billige. Nach dem Bankett präsidierte Poincaré einer feierlichen Sitzung der Studenten, wobei ihm die Fahne, welche die elsaß-lothringischen Studenten vor dem Kriege in Frankreich gehabt hatten, übergeben wurde. Poincaré drückte seine Freude darüber aus, daß die Jugend Frankreichs und Elsaß-Lothringens nunmehr vereinigt sei.

Prozeß gegen die Budapester Rote Garde.

a. **Budapest,** 23. November. (Eigene Drahtmeldung.) Morgen beginnt vor dem öffentlichen Gerichtshof die erste Serie von Strafprozessen gegen die Mitglieder der roten Garde Bela Khuns. Es sind unter den im Budapester Brigadegefängnis befindlichen 400 Kommunisten einige, die auf das allerschwierigste kompromittiert sind, so u. a. einer der Hauptangeklagten, ein gewisser Korvin-Klein. Er ist 25 Jahre alt und erklärt, schon vor der Revolution ein Vorkämpfer des Kommunismus gewesen zu sein.

Die amerikanische Weizenausfuhr wieder gestattet.

New York, 22. November. Das Ein- und Ausfuhrverbot für Weizen und Weizenmehl wird am 15. Dezember aufgehoben werden.

Neue Reichskommissare für den Osten.

Zu Reichs- und Staatskommissaren für die Abwicklung und Ueberleitung in den abzutretenden Gebieten sind bestellt:

1) Oberregierungsrat Dr. Werner in Marienwerder für das an Polen abzutretende Gebiet des Kreises Marienwerder.

2) Regierungspräsident von Bülow in Bromberg für das an Polen abzutretende Gebiet der Regierungsbezirke Bromberg und Posen.

3) Regierungspräsident Dr. Jaenicke in Breslau für die an Polen abzutretenden Gebiete der Kreise Guhrau, Groß Wartenberg und Namslau.

4) Landrat Freiherr von Mirbach in Neidenburg für das an Polen abzutretende Gebiet des Kreises Neidenburg.

Besprechungen Towers mit Danziger Stellen.

F. **Danzig,** 23. November. (Eigene Drahtmeldung.) Sir Reginald Tower besprach noch mit den Vertretern der Stadt Danzig und des Generalkommandos die Unterbringung der Besatzungstruppen in Danzig. Des weiteren hatte Tower Besprechungen mit dem deutschen Kommissar über die Festsetzung der Grenzen des Freistaates und mit dem polnischen Grafen von Potocki, der dem polnischen Unterkommissariat für Westpreußen beigegeben ist. Die Werften und der Hafen von Danzig wurden von Tower eingehend besichtigt. Sonntagmorgen reiste er nach Warschau ab.

Polen erhält die Vormundschaft über Ostgalizien.

St. **Haag,** 23. November. (Eigene Drahtmeldung.) Die „New York Times" erfahren aus Paris, daß der Oberste Rat nunmehr beschlossen hat, Polen die Vormundschaft über Ostgalizien auf die Dauer von 25 Jahren zuzuerkennen. Ursprünglich sollte die Kontrolle nur auf fünf Jahre bemessen werden.

Einer weiteren Pariser Information des Blattes zufolge, wird der Oberste Rat demnächst an die dänische Regierung eine Note richten, in der sie aufgefordert werden soll, eine Aufstellung derjenigen Personen in Schleswig einzureichen, welche die dänische Nationalität zu erlangen wünschen.

Das neue ungarische Ministerium.

Budapest, 23. November. (Ung. Tel. Korr.-Bureau.) Das neue Ministerium wurde folgendermaßen zusammengestellt: Präsident Huszar, Inneres Beniczky, Kultus und Unterricht Haller, Staatssekretär Pekar, Ackerbau Rubnick, Staatssekretär Mayer (neu), Handel Henrich (neu), Staatssekretär Miakits, Sozialdemokrat (neu), Volkswohlfahrt Peyer, Sozialdemokrat (neu), Staatssekretär Szekely (neu) und Benard (neu), Aeußeres Graf Somssich, Justiz Dr. Brezy (neu), nationale Minderheiten Bleyer, Krieg Friedrich, Staatssekretär Heske (neu), Finanzen Baron Koranyi, Ernährung Szabe-Nagyatad (neu), Staatssekretär Polyi-Keller (neu), Minister der kleinen Landwirte Szabo-Sokoropatka, Staatssekretär Pataß. Die Ministerien zur Verbindung mit der Entente, für die gewerblichen Arbeiter und das Propagandawesen wurden aufgelassen.

Die Opfer des Völkerkrieges.

Rede des Reichspräsidenten bei der Totenfeier.

Bei der gestrigen Totenfeier im Zirkus Busch (siehe auch Seite 3) hielt Reichspräsident Ebert folgende Ansprache:

Wir stehen alle unter dem tiefen, erschütternden Eindruck der Stunde. Mit Grauen denken wir daran, wie die blühende Jugend und die beste Manneskraft Europas im grausamen Ringen auf den Schlachtfeldern hinsank. Unser Herz krampft sich bei dem Gedanken an die entsetzliche Zeit brennender Sorge um den Gatten, den Vater, die Söhne und Brüder, die draußen standen. Und wieviele sind nicht wieder heimgekehrt, ruhen in West und Ost und Süd in fremder Erde. In tiefer Ehrfurcht neigen wir das Haupt vor den Gräbern unserer Lieben. Unsägliches haben sie gelitten und alles geopfert für uns. Unauslöschlicher Dank namens des Vaterlandes! Nie werden wir sie vergessen! In der Geschichte unseres Volkes, in unseren Herzen werden sie fortleben.

Wir gedenken in dieser Stunde auch derer, die zwar ihr Leben glücklich aus dem Männermorden gerettet haben, aber mit gebrochener oder vernichteter Schaffenskraft heimgekehrt sind. Wir denken an die Witwen und Waisen der Gefallenen. Das Wort von der Ehrenpflicht des Vaterlandes gegen sie muß zur Tat werden! So arm auch unser Land geworden ist, so niederdrückend auch die uns aufgebürdeten Lasten sind, der Pflicht gegen die Kriegsverletzten und Kriegshinterbliebenen muß das Vaterland in erster Linie und unter allen Umständen gerecht werden. Die Reichsregierung — dessen darf ich Sie versichern — sieht in der Erfüllung dieser Pflicht ihre heiligste Aufgabe. Alles, was möglich ist, soll geschehen, um die Opfer des Krieges vor Not und Elend zu schützen, um ihnen das Leben lebenswert zu machen.

Nicht zuletzt gedenken wir der Hunderttausende unglücklicher Brüder, die heute noch als Kriegsgefangene in fremder Gewalt schmachten. Herzzerreißend ist ihr Los. Alle erdenklichen Versuche und alle möglichen Bemühungen, sie zu befreien, sind bisher an dem Nein des Gegners gescheitert. Deshalb richte ich auch in dieser Stunde den dringendsten Appell an die Menschenpflicht und den Gerechtigkeitssinn aller Völker, uns zu helfen in diesem Kampfe um unser Fleisch und Blut! Unsere unglücklichen Brüder in Gefangenschaft sollen gewiß sein, daß wir stündlich ihres Unglücks gedenken, und nicht erlahmen werden im Kampfe für sie, bis ihnen die Stunde der Befreiung schlägt.

Mögen die Völker und alle Volksgenossen, angesichts dieses Martyriums, angesichts der Hekatomben von Menschenopfern dieses entsetzlichsten aller Kriege, den Krieg verabscheuen und bekämpfen als das grausamste Verbrechen an der Menschheit. Menschlichkeit und Kultur gebieten, an Stelle von Gewalt und Unterdrückung Freiheit und Recht zu setzen. Die Vergewaltigung und Unterdrückung von Völkern war immer der Fluch der Welt! Nur die wahre, alle Völker umfassende und durchdringende Demokratie kann der leidenden Menschheit den Frieden geben. Der Völkerversöhnung und der Völkergemeinschaft muß die Zukunft gehören. Wohl ist der Weg dorthin weit und schwierig, verzagen dürfen wir aber nicht. Geloben wir, die Erkämpfung dieses hohen Ideals zu unserer Lebensaufgabe zu machen, dann ehren wir am würdigsten unsere Toten!

Der Abschluß des Randstaatenbundes.

Eigene Drahtmeldung.

J. Helsingfors, 22. November.

Der Randstaatenbund Estland-Lettland-Litauen kann als abgeschlossen gelten. Die Bestimmungen umfassen militärische, politische und wirtschaftliche Fragen. Die erste Aufgabe des Bundes wird die Frage des Friedens mit Sowjetrußland bilden, worüber nach Rückkehr Litwinows verhandelt werden soll. Litwinow schlug den Abschluß eines Waffenstillstandes vor. Die Randstaatenkommission berät hierüber sowie über die Möglichkeit eines Präliminarfriedens. Ueber die Frage des Gefangenenaustausches wurde mit Litwinow, welcher dauernd drahtlose Verbindung mit der Sowjetregierung unterhielt, eine Uebereinstimmung erzielt. Der estnische Außenminister sprach die begründete Hoffnung aus, daß Polen, die Ukraine und Finnland sich später zum Schutz ihrer Unabhängigkeit dem Randstaatenbund anschließen würden.

Der estnische Ministerpräsident gab ein neues Programm bekannt, welches eine Anzahl innerer Reformen, das unmittelbare Inkrafttreten eines Agrargesetzes sowie günstige Behandlung des Friedensproblems mit Sowjetrußland enthält.

Die Letten melden die Einnahme Mitaus. Die nordrussische Republik befindet sich in schwerer Notlage und erbat von Serbien die Erlaubnis, tausend serbische Soldaten im Murmangebiet zur Aufrechterhaltung der Ordnung zurückbehalten zu dürfen, was Serbien angeblich genehmigt hat.

Uebereinkunft zwischen Estland und Judenitsch.

Dem „Prisyw" wird aus Helsingfors telegraphiert, daß infolge der Bemühungen der französischen Mission zwischen der Regierung Estlands und dem General Judenitsch ein Uebereinkommen getroffen worden ist, wonach die russische Nordwestarmee nicht entwaffnet werden wird, wenn sie gezwungen werden sollte, sich nach Estland zurückzuziehen. Frankreich verlangt, daß Estland auch weiterhin einen Stützpunkt für die Armee Judenitschs bilden soll.

Die deutsche Politik.

Von einem Diplomaten.

In Frankreich, Italien und Belgien haben die Kammerwahlen stattgefunden. Das allgemeine Interesse der ganzen Welt hat sich dabei auf die Erfolge oder Mißerfolge der Sozialdemokratie konzentriert; ein Beweis, welch wichtige Rolle man dieser Partei bei den internationalen Aufgaben der nächsten Zeit zuweist. Es ist nirgends ausgesprochen worden, darf aber als Tatsache hingestellt werden, daß die Spannung, mit der man dem Wahlergebnis der Sozialdemokratie entgegensah, vor allem begründet ist in ihrer Stellung zum Versailler Vertrag. Es kann dabei dahingestellt bleiben, ob die eine oder andere sozialistische Partei sich tatkräftig gegen den Vernichtungsfrieden eingesetzt hat oder ob, wie es zum Beispiel in Frankreich der Fall war, gerade eine pazifistische Wahlparole zu einer noch trostloseren Wehrlosmachung Deutschlands führen sollte. Wichtig ist, daß jeder Sozialist prinzipiell und theoretisch Gegner des Friedensvertrages sein muß und daß dieser Zwang der Parteidoktrin umso stärker ist, je zahlreicher eine sozialistische Fraktion und je stärker ihr Einfluß ist. Eine sozialistische Mehrheit hätte in dem betreffenden Land die Absage an Versailles bedeutet, mochte dort eine bisherige Minderheit sich noch so unklar gestellt haben. Solch eine Mehrheit war natürlich nirgends zu erwarten. Noch war die Zeit zur Abrechnung mit den Kriegsereignissen in den sogenannten siegreichen Ländern nicht gekommen. Das vorliegende Ergebnis ist in sich widersprechend und beweist nur, welch starke Pigmente heute noch im Bürgertum stecken.

Innerhalb der Sozialdemokratie geht nun die nachträgliche Debatte um die Zugkraft der Wahlparolen und den Wert der einen oder andern Taktik. Man wirft den Franzosen vor, ein allzu starker Schuß Bolschewismus habe ihnen die Anhänger vertrieben, während die nationale Haltung ihrer belgischen Bruderpartei starke Werbekraft weit in die bürgerlichen Reihen hinein entfaltet habe. Das erweist sich territorial vielleicht als richtig, prinzipiell wird es durch den Wahlsieg der italienischen Sozialisten widerlegt, die ja noch wesentlich leningläubiger sind als die Franzosen. Um die verschieden gearteten Ergebnisse richtig werten zu können, muß man weniger die sozialistischen Wahlmanifeste betrachten, als auf die Probleme zurückgehen, die im Mittelpunkt des Lebens des betreffenden Landes am Wahltag gestanden haben. In Belgien sowohl wie in Italien ist der Schwerpunkt längst wieder in die inneren Ereignisse und Verhältnisse zurückgesunken. Der Klassenkampf, als das ureigenste Problem der inneren Politik, steht im Vordergrund, man will die Verbesserung und Veränderung der Zustände materialistisch durch die Umstellung der Machtverteilung erreichen. In Frankreich hofft man noch auf das Wunder! Dort ist man noch vollkommen mit der Auswertung des Kriegsergebnisses beschäftigt und sieht nicht in der eigenen Kraft, sondern in den Rechtsansprüchen, die durch den Sieg an andere entstanden sind, die Rettung. Ganz sicher war die nationalistische Welle auch in Belgien und Italien ein Hauptelement des Wahlkampfes; ganz sicher bedeutete auch hier der Stimmzettel gewisser Parteien einen Wechsel auf Versailles; ganz sicher war die Fiumesorge und die belgische Entschädigungsfrage da wie dort etwas, zu dem durch die Wahl Stellung genommen werden sollte. Aber es waren in der geistigen Struktur doch schon sehr viel mehr Friedenswahlen, in denen um Friedensprobleme gekämpft wurde. Ganz anders in Frankreich, dessen verwüstete Gebiete am schwersten ein Vergessen zulassen. Mag auch die sozialistische Partei den Bürgerschreck des Bolschewismus zu sehr betont haben und die französische Regierung daraus das Kapital zur Einschüchterung ihrer Bourgeoisie geschlagen haben: auch bei klügerer Taktik Longuets hätte das Bürgertum alles daran gesetzt, um aus den Wahlen ein Bekenntnis zu Versailles zu machen. Damit konzentriert sich die Bedeutung der drei Wahlkämpfe auf die Haltung der übergroßen französischen Majorität, die sich für die Aufrechterhaltung des Gewaltfriedens und seine restlose Ausnützung erklärt und aus ihrem Wörterbuch das eine Wort unerbittlich gestrichen hat: Revision.

Frankreich hofft alles für sich von der Erfüllung des Vertrages. Es ist kein Zweifel, daß darin die Zustimmung zu jeder Gewaltmaßregel enthalten ist, mit der seine Innehaltung erzwungen werden kann. Es ist aber auch zu hoffen, daß nach dem Abflauen der Wahlstimmung aus diesem Festhalten am Vertrag sich die Erkenntnis herausbilden wird, daß er vielleicht dem Ergebnisse nach durchzuführen sei, nicht aber nach den bisherigen Methoden. Diese Erkenntnis wird unterstützt werden, wenn die Ratifikation Amerikas tatsächlich ausbleibt. An ihr hängt die Realisierung des französisch-amerikanisch-englischen Bündnisses, und ohne sie tritt ein gar nicht zu berechnender Unsicherheitsfaktor in die Weltverhältnisse ein. Wir wollen das Wort Wilsons an den Grafen Bernstorff nicht vergessen, daß die Verflechtung der amerikanischen und der alliierten Wirtschaft ihm eine dezidierte Absage an die Blockademächte unmöglich mache. Eine ähnliche Situation kann wieder einmal eintreten, die Welt wird ohne die amerikanische Ratifikation nicht mehr so einfach sein, wie im Zeichen und zu Zeiten Fochs.

Angesichts solcher Unberechenbarkeiten hat Deutschland erst recht die Pflicht, seinerseits jede Unklarheit auszuräumen und nach Möglichkeit unbelastet von eigenen politischen Sünden die Anforderungen der Zukunft zu erwarten. Wir stehen im Begriff, das baltische Abenteuer zu liquidieren. Man darf heute wirk-

uch hoffen, daß wir noch einmal mit halbwegs heiler Haut aus einer Verwicklung hervorgehen, an der das offizielle Deutschland keine Schuld hat, die aber uns Monate hindurch jeden politischen Erfolg unmöglich gemacht hat. Und hier ist ein allerernstestes Wort am Platze. Es sei daran erinnert, daß die deutsche Regierung mit Aufforderungen und Ermahnungen gegenüber den baltischen Abenteurern nicht gespart hat; daß sie bei all ihren Maßnahmen nie vergessen hat, daß Deutsche dort oben stehen und man eine Truppe nicht einfach für ihre Führer mit haftbar machen kann; daß sie in langsamer Steigerung gegen die unbotmäßigen Söldner vorgegangen ist und zu den letzten Mitteln erst gegriffen hat, als das ungleich höhere Interesse des deutschen Volkes es unabweisbar verlangte. Heute ist alles so gekommen, wie es die Reichsregierung in ihrem letzten Aufruf an die baltischen Truppen vorausgesagt hat. Die ihr durch die Unbotmäßigkeit der deutschen Söldner aufgezwungenen Maßnahmen, vor allem die Sperrung von Sold und Verpflegung, haben ihre Wirkungen getan, und das Bild, das jener Aufruf entrollte, hat sich bewahrheitet: eine wehrlose, dem Untergang preisgegebene Truppe, bedroht vom hereinbrechenden Winter, umstellt von einer Bevölkerung, die zur Abrechnung drängt. Alles wäre vermieden worden, wenn die Abenteurer einen Monat früher auf das gehört hätten, was sie jetzt fühlen müssen; wenn verbrecherische Führer ihnen nicht die Eroberung des Ostens und gar die Wiedererrichtung des alten Kaiserreichs vom Baltikum her vorgegaukelt hätten, wenn heimische Kreise sie nicht als Helden gefeiert und als die Siegelbewahrer Yorckscher Gedanken umhuldigt hätten. Und heute ist dieselbe Presse und sind dieselben Parteien schon wieder bereit, für ebendiese Abenteurer aufs neue einzutreten, die in die Grube gefallen sind, welche sie beinahe ihrem ganzen Volk gegraben haben. Heute ist es wieder die „Not unserer Baltikumtruppen", für die um Gefühle geworben wird, heute tauchen schon wieder die berüchtigten Tilsiter Meldungen auf, und ein deutschnationales Blatt entblödet sich nicht, folgenden Satz zu drucken: „Völlig im Stich gelassen, scheint den monatelang siegreichen Schirmern der Heimat jetzt eine Katastrophe bevorzustehen, deren Wirkung für Ostpreußen und das Reich sich nicht absehen läßt." Es wird Sache der Regierung sein, dieser sich hier anbahnenden, geradezu unglaublich verlogenen Legende innerpolitisch entgegenzutreten, als würden hier verdiente Männer vom Vaterlande schlecht behandelt. Außenpolitisch ist das Wort von den „siegreichen Schirmern der Heimat" geradezu eine Schamlosigkeit. Die Führer dieser Meuterer haben monatelang das Deutsche Reich in die unerhörtesten Gefahren gestürzt; ihnen verdanken wir die Ostseeblockade, ihnen die Sperrung von Lebensmittelsendungen und Krediten. Sie haben das große Beispiel geliefert für den Vertragsbruch Deutschlands und seine erneuten imperialistischen Aspirationen. Ihretwegen stocken alle Verhandlungen, finden wir kein Entgegenkommen in der Kriegsgefangenenfrage und müssen wir uns zum Teil Noten gefallen lassen, wie die letzte der Entente. So sehen diese Hüter der Heimat aus, die in Wirklichkeit beinahe Vernichter der Heimat geworden wären. Kein Wort ist zu scharf, um ihre Vergehen und die ihrer Lobpreiser zu kennzeichnen. Es ist unbedingte Notwendigkeit, daß die Haupträdelsführer dorthin kommen, wo sie hingehören. Nicht vor den Staatsgerichtshof, sondern vor ein Kriegsgericht, das für die Verbrechen der Fahnenflucht und der Meuterei zuständig ist. Sicher wird die Regierung irregeleitete Mannschaften nicht ebenso behandeln, wie diese Führer, deren vollste Verantwortung nicht verwischt werden darf. Aber auf eins sei mit allem Nachdruck hingewiesen: diejenigen Kräfte, die das baltische Abenteuer, insbesondere die Mannschafts- und Munitionsnachschübe, überhaupt erst ermöglicht haben, sind heute noch zum Teil am Werk und im Amt. Wir haben Grund zu der Annahme, daß sie auch jetzt die Räumungsfrage nach militaristischen Gesichtspunkten betrachten, nicht nach den einzig maßgebenden politischen, die nur lauten können: keinen Mann und keine Patrone mehr fürs Baltikum! Die Reichsregierung würde die letzte Möglichkeit einer reinlichen Liquidation und damit einer freien Bahn verscherzen, wenn sie den oben gekennzeichneten Nur-Militärs erlauben wollte, aus den berühmten strategischen Gründen Truppenteile über die Grenze zu verschieben. Was sich im Baltikum abspielt, muß von denen ausgelöffelt werden, die es sich eingebrockt haben. Die landsmännische Hilfe und das Gefühl des Mitleids darf im Interesse des Volkes erst diesseits der Grenze zu Wort kommen.

Frankreichs angebliche Absichten.

Eigene Drahtmeldung.

P. **Wien**, 23. November.

Der „Neue Tag" schreibt: Wir wir aus gutunterrichteten Ententekreisen erfahren, beschäftigt die Haltung des amerikanischen Senats die gesamte Diplomatie der Entente auf das lebhafteste. Als der endgültige Entwurf des Friedensvertrages von Versailles zustandegekommen war, stellte dieses Dokument ein Kompromiß zwischen den Vereinigten Staaten und Frankreich dar. Frankreich verlangte, um die nötige Sicherheit vor deutschen Angriffen zu erhalten, die Annexion des Saargebiets und beständige Besetzung des linken Rheinufers. Gegen diese Ansprüche Frankreichs erhob Amerika Einspruch, und Präsident Wilson erbot sich, andere Garantien gegen eine Bedrohung Frankreichs durch Deutschland zu schaffen. Eine solche Gewähr wurde in dem Vertrag zwischen Frankreich, England und den Vereinigten Staaten gegen einen eventuellen Angriff Deutschlands auf Frankreich gefunden. Wie nun von französischer Seite behauptet wird, hat Deutschland gewisse Punkte des Friedensvertrages, der bisher noch nicht in Kraft getreten ist, nicht erfüllt. Infolge dieser angeblichen Verfehlungen Deutschlands könnte Frankreich das Recht in Anspruch nehmen, neue Forderungen an Deutschland zu stellen. Sollte die Ablehnung des Friedensvertrages in den Vereinigten Staaten zur Tatsache werden, so ist die französische Regierung, die durch den Ausfall der Wahlen in ihrer nationalistischen Tendenz sich sehr gestärkt fühlt, entschlossen, um die Sicherheit Frankreichs vor einem deutschen Angriff zu schützen, auf ihr ursprüngliches Programm zurückzukommen, d. h. die Annexion des Saargebiets und die dauernde Besetzung des linken Rheinufers zu verlangen, da einerseits das Schutzbündnis mit Amerika nicht zustandegekommen sei, anderseits Deutschland gewisse Bedingungen des Friedensvertrages nicht erfüllt habe.

Foch kandidiert für den Senat.

-l. **Frankfurt a. M.**, 23. November. (Eigene Drahtmeldung.) Wie die „Presse de Paris" mitteilt, hat Marschall Foch sich bereit erklärt, eine Wahl für den Senat anzunehmen, und zwar in dem reaktionären Departement Finistère, unter der Voraussetzung, daß er ohne Gegenkandidaten gewählt wird.

Die deutsche Hilfe für Oesterreich.

Wien, 22. November. (Korr.-Bureau.) **Das Staatsamt für Volksernährung** teilt mit, die **Deutsche Regierung** habe sich bereit erklärt, die erbetene Aushilfe von 5000 Tonnen Mehl gegen Ueberlassung einer entsprechenden Getreidemenge aus den auf dem Rhein für Oesterreich schwimmenden Transporten zu gewähren. Diese Aushilfe würde jedoch erst in einigen Tagen erfolgen können, weil die Deutsche Regierung vorher in den Besitz der Konnossemente über die betreffenden Schiffsladungen gelangen müsse. Das Staatsamt für Volksernährung habe veranlaßt, daß die Transporte im Pendelverkehr zwischen Mannheim und Regensburg auf direktem Bahnwege nach Oesterreich durchgeführt werden. 150 Waggons Kartoffeln, Mehl, Mais, Weizen und Futtermittel seien aus Südslawien freigegeben worden und nach Oesterreich unterwegs. Hierdurch sei zwar eine leichte Entspannung eingetreten, doch bleibe die Lage andauernd ernst.

Wie bereits gemeldet, werden die eindringlichen Schilderungen in der deutschen Presse über die Notlage Oesterreichs und die Aufforderungen zur Hilfeleistung für Wien hier mit aufrichtiger Dankbarkeit vernommen. Wenn auch durch Eintreffen der über Deutschland kommenden Getreidetransporte dem unmittelbaren Eintritt der Katastrophe vorgebeugt ist, so bleiben die Aussichten für die Versorgung in Lebensmitteln nach wie vor trostlos. Mit am härtesten sind die Tausende hier lebenden Reichsdeutschen betroffen, denen auch jede Beziehung zur Landbevölkerung fehlt, um sich vielleicht mit Rucksackverkehr notdürftig durch den Winter zu helfen. Die Reichsdeutschen in Oesterreich setzen daher ihre ganze Hoffnung darauf, daß das Heimatland sie nicht vergessen, sie vielmehr durch eine beschleunigte Hilfsaktion vor dem drohenden Gespenst der Hungersnot bewahren wird.

Der Leitaufsatz in unserer gestrigen Morgenausgabe ist infolge eines Setzfehlers mit der unzutreffenden Ueberschrift: „Der Frieden ohne Fehle" versehen worden. Wie sich aus dem Inhalt ohne weiteres ergibt, hatte die Ueberschrift: „Der Frieden ohne Seele" gelautet.

Die Arbeiten der Washingtoner Konferenz.

Ueber die weiteren Verhandlungen auf der Washingtoner Arbeitskonferenz melden Funksprüche aus **Annapolis** unter anderem:

Von vielen Delegierten war die Frage der Landarbeiter und der Arbeit der Seeleute angeschnitten worden. **Castiglione** (Italien) brachte folgenden **Antrag** ein:

> Der Entwurf eines internationalen Abkommens, betreffend den Schutz der Landarbeiter, soll der internationalen Arbeitskonferenz von 1920 vorgelegt werden. Der Arbeiterausschuß schlug vor, sobald wie möglich durch das internationale Arbeitsamt eine besondere Sitzung über die Arbeit der Seeleute und Landarbeiter abhalten zu lassen. Die Konferenz wird daher darüber beschließen, ob die Frage der Landarbeit der nächsten Konferenz zur Behandlung überwiesen werden soll. Betreffend die Arbeit der Seeleute wird die Konferenz sich darüber schlüssig werden, ob möglichst bald eine Sondersitzung hierüber stattfinden soll.

Hierzu hatte die französische Regierung beantragt, den Achtstundentag auch für die Arbeit an Bord der Schiffe anzunehmen und eine seemännische Unterabteilung beim internationalen Arbeitsamt einzurichten.

Es wurde der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß „eine Gesundheitsinspektion zur Ueberwachung der Gesundheit der Arbeiter in allen Ländern eingerichtet wird, daß Ersatz geleistet werden wird bei Arbeitsunfähigkeit infolge von Berufskrankheit und daß alle derartigen Fälle von Berufskrankheiten durch Aerzte bekannt gegeben werden."

Der Antrag auf Abänderung der Berner Konvention von 1906 betreffend Nachtarbeit der Frauen wurde mit den gänzlich veränderten Verhältnissen begründet. Nachtarbeit in der Industrie soll für alle Frauen, außer für die in der Heimarbeit beschäftigten, verboten sein. Die Konferenz brachte die einstimmige Ansicht zum Ausdruck, daß der neue Entwurf, der die Berner Konvention den neuen Verhältnissen anpasse, viel zum Schutz der Gesundheit der weiblichen Arbeiter und durch sie ihrer Kinder beitragen wird. In der Plenarsitzung vom 20. November wurde der Ausschußbericht betreffend Nachtarbeit der Frauen unverändert, der Bericht, betreffend Beschäftigung von Frauen und Kindern in ungesunden Betrieben mit einem von Dr. Miall eingebrachten Zusatz, der für die Gesundheitsabteilung des internationalen Arbeitsamts einen beratenden Ausschuß vorsieht, angenommen.

Es wurde festgestellt, daß gewisse Staaten (Portugal, Rumänien, Persien, Siam, China u. a.) aus Mangel an Zeit und geeigneter Organisation keine Arbeitervertreter gesandt hätten. Diese Staaten sollten aber nicht ihrer Stimmen verlustig gehen.

Das Problem des Acht-Stundentages und der Achtundvierzig-Stundenwoche wurde durch einen Sonderausschuß nach einer außerordentlich lebhaften Diskussion von zwei Wochen gelöst. Das Uebereinkommen befriedigt die Arbeitnehmer, deren Anspruch auf den Acht-Stundentag und die Achtundvierzig-Stundenwoche es anerkennt, ebenso wie die Arbeitgeber, da es genügende Elastizität besitzt, um den Interessen besonderer Betriebe Rechnung zu tragen. Die Diskussion drehte sich besonders um das Verlangen der Arbeiter, daß sowohl das Prinzip des Acht-Stundentages wie auch das Prinzip der Achtundvierzig-Stundenwoche anerkannt werden solle. Die Arbeitgeber behaupteten, daß die strikte Festlegung des Prinzips des Acht-Stundentages die Interessen ihrer Industrien schädigen und in einigen Fällen zur Vierundvierzig-Stundenwoche führen würde. Sie verlangten, daß ausgefallene Arbeitsstunden an anderen Tagen nachgeholt werden könnten. Die Arbeiter befürchteten aber, daß auf diese Weise Arbeitstage von zehn und mehr Stunden herauskommen würden. Schließlich einigte man sich darauf, daß ausgefallene Arbeitsstunden zwar an anderen Tagen nachgeholt werden dürfen, an einem Tage aber nicht mehr als neun Stunden gearbeitet werden soll. In zusammenhängenden Betrieben soll der Durchschnitt von achtundvierzig Stunden in der Woche wenigstens auf eine Periode von drei Wochen verteilt eingehalten werden. Die Betriebe, in denen eine Ausnahme von dem Grundsatz des Acht-Stundentages gemacht werden darf, sollen durch besondere Vereinbarungen bestimmt werden. Auch die Anzahl der Ueberstunden wurde späterer Vereinbarung vorbehalten, da die Ansichten darüber zu weit auseinander gingen. (Die Arbeiter wünschten nur siebzig, die Arbeitgeber dagegen dreihundert Stunden im Jahre.) Als Bezahlung für Ueberstunden wurde das Eineinviertelfache des gewöhnlichen Stundenlohnes festgesetzt. Der Grundsatz des Acht-Stundentages und der Achtundvierzig-Stundenwoche soll auch auf seemännische Arbeit angewendet, die Einzelheiten durch eine Sonderkonferenz festgesetzt werden. Betreffend die Arbeit in den verwüsteten Gebieten soll eine Entschließung gefaßt werden dahingehend, daß der Wiederaufbau so schnell wie möglich und unter besonderen Bedingungen zu erfolgen habe.

* * *

Wie die „P. P. N." erfahren, erhielt die deutsche Delegation zur Arbeitskonferenz in Washington das Telegramm der Reichsregierung, welches sie nach Deutschland zurückberief, in Göteborg knapp eine Stunde vor Abgang des Dampfers nach Amerika.

Die Zukunft Vorarlbergs.

Wir haben bereits auf die Haltung hingewiesen, die offizielle Schweizerkreise hinsichtlich der Frage der Zukunft Vorarlbergs einnehmen, und dabei betont, daß dem die demokratischen Grundsätze der Schweiz verleugnenden Vorgehen weder Deutschland noch Oesterreich gleichgültig gegenüberstehen können. Wie **Wiener** amtliche Kreise sich zu den Forderungen schweizerischer Annexionspolitiker stellen, geht aus folgender Meldung hervor:

Wien, 22. November. (Korrbüro.) Die Verhandlungen im schweizerischen Ständerat geben der Vermutung Raum, daß man auch in offiziellen Schweizerkreisen unsere Westgrenzen, über die im Friedensvertrag entschieden worden ist, mit mehr oder weniger deutlichen Worten als eine noch offene Frage behandelt. Oesterreich muß gegen einen solchen Versuch, von wem er auch immer gemacht werde, entschiedene Verwahrung einlegen. Es hat mit den schwersten territorialen und materiellen Opfern den Staatsvertrag von St. Germain, das Minimum seiner Existenz, wenn diese noch als solche gelten kann, und damit den Frieden erkauft. Auch nur eine geringfügige Aenderung der Bedeutung des Friedensvertrags müßte diesen selbst in Frage stellen und Oesterreich aller Opfer entbinden, die es auf sich genommen hat. Jedenfalls überrascht es, bei den Ueberlieferungen und politischen Grundsätzen des Schweizer Volkes, wenn unser schwer geprüftes Land in seiner höchsten Not auch von dieser Seite in seinem territorialen Bestand bedroht scheint.

*

Im Ausschuß für Auswärtiges machte Staatskanzler Renner noch folgende Aeußerungen: Daß es durchaus möglich ist, unter Ausschluß der politischen Momente die Beziehungen zu den Nachbarstaaten friedlich zu gestalten, zeigt unser gegenwärtiges Verhältnis zur deutschen Schwesterrepublik. Der Staatskanzler begrüßte es als gutes Vorzeichen für das Fortbestehen des guten nachbarlichen Verhältnisses sowohl zu Italien, als auch zu der tschechisch-slowakischen Republik, daß diese Staaten, die im Verein mit Frankreich, Amerika, England und gleichzeitig mit Deutschland für unsere Volkswirtschaft von maßgebendster Bedeutung sind, dem Bestreben Oesterreichs nach Durchführung des Friedensvertrages dadurch entgegenkommen, daß sie sich zuerst entschlossen, den Friedensvertrag zu ratifizieren. Der Staatskanzler besprach dann die Bemühungen des Außenamtes zur Besserung der wirtschaftlichen Ernährungsfrage sowie die wirtschaftlichen Unterhandlungen mit Rumänien, Polen, der Tschecho-Slowakei und Südslawien; ferner die vom Auswärtigen Amt auf dem Gebiet der sozialen Fürsorge entfaltete Tätigkeit, weiter die Auseinandersetzung mit den Nationalstaaten über die Aufteilung der staatlichen Aktiva und Passiva, und hob das Wirken des Außenamtes in der Kriegsgefangenenfrage hervor. Der Staatskanzler erkannte hierbei mit Dankbarkeit an, daß die italienische Regierung als erste mit der Heimbeförderung der Kriegsgefangenen im großen Zuge begonnen habe. Betrübend seien die Aussichten für die baldige Heimkehr der Gefangenen aus den Ländern des früheren russischen Kaiserreiches und aus Turkestan.

* * *

Am 22. November ist durch die Apostolische Nuntiatur dem Staatsamt für Aeußeres die Mitteilung gemacht worden, daß der Heilige Stuhl am 12. November die Republik Oesterreich offiziell anerkannt hat.

Kleine Mitteilungen.

Zum amerikanischen Lebensmittelkontrolleur wurde Generalanwalt Palmer ernannt.

Gründung einer italienischen Orientbank in Fiume. Wie uns ein eigener Drahtbericht meldet, sind die Verhandlungen wegen Schaffung einer italienischen Orientbank mit dem Sitze in Fiume um Abschluß gelangt. An der Neugründung nehmen die Banca Commerciale und die Ungarische Agrar- und Rentenbank im gleichen Verhältnis teil.

Der Mailänder Allgemeinausstand, der von Bologna und Verona unterstützt wurde, ist beigelegt worden. In Turin und Venedig haben Bombenattentate gegen die Sozialisten stattgefunden; in beiden Fällen ist wenig Schaden zu verzeichnen.

Portugal will keine koloniale Erweiterung. Die „Times" melden aus Lissabon: Der portugiesische Minister des Auswärtigen erklärte im Senat, Portugal verlange in Afrika kein neues Gebiet; Portugal habe nicht an dem Kriege teilgenommen, um seine Kolonien auszudehnen.

Berggipfel.

Von

Johannes Demmering.

Vor einigen Jahren fuhr ich mit dem Rad durch das südliche Deutschland von München über Memmingen, Friedrichshafen um den Bodensee herum nach Stein am Rhein, bei Schaffhausen vorüber und kletterte zuletzt von Waldshut aus die Straße nach Höchenschwand und St. Blasien hinauf. Tagelang flog das Land wie ein bunter lebendiger Teppich unter und neben mir hin. Das Auge war zuletzt müde geworden. Ich sprang selbst am Rheinfall nicht mehr ab und ließ das Rad flußabwärts laufen.

So ich es gar nicht ungern, daß ich am Morgen, als ich in Waldshut aus dem Gasthof trat, die Welt mit dickem Rheinnebel so verhängt fand, daß ich kaum die gegenüberliegenden Häuser und die triefenden Bäume an den Straßen erkennen konnte. Als ich aus dem alten Städtchen heraus war, lag es nach zehn Schritten schon unsichtbar hinter mir, in der grauen Flut versunken. Die Straße stieg unter meinen Füßen langsam bergan, das Rad lief bequem geschoben wie ein lebendiges Wesen neben mir her. Stunde um Stunde verging. Ich wanderte unverdrossen, nach den warmen Sommertagen von der Kühle erfrischt, vorwärts. Es wurde mir recht deutlich, daß wir unten am Boden eines meilentiefen Ozeans wohnen. Er floß sichtbar geworden, in grauer Flut um mich. Nirgends eine Farbe.

Und doch lag gerade deshalb der ganze zurückgelegte Weg in hellster Buntheit vor mir. Einzelheiten, die ich im Vorbeifahren gar nicht „gesehen", nicht bemerkt hatte, standen auf einmal greifbar da und gewannen Bedeutung. Ich wiederholte im Schreiten ein altes gern geübtes Spiel und begann die Fahrt in Gedanken von vorne, ließ sie vor mir ablaufen wie einen bunten Film und betrachtete in schöner Ruhe alles noch einmal, eindrucksvoller, gegenwärtiger, als es in Wirklichkeit gewesen war. Merkwürdige Einrichtung dies Gehirn! Wie genau, haarscharf genau es aufnimmt und wiedergibt, die Biegung der Straße, der Stein, dem ich ausgewichen, ein Hund vor einer Türe, eine Katze auf einem Fensterbrett, Menschen im Feld, Bäume, springende Wiesel, Vögel in der Luft, Dörfchen, Fensterläden und Blumenstöcke und der Klang von Stimmen, das Hämmern einer Schmiede, alles war leibhaftig da, und ich ließ es mir vorspielen auf einem inneren Theater in dem Himmel und Erde Platz haben. Die Augen, offen in den Nebel gerichtet, blickten stundenlang innerlich. Plötzlich kam von oben her eine Helle. Ich vermochte mich gar nicht so schnell umzustellen. Mit dem Kopf stieß ich buchstäblich durch die Nebeldecke. Die Knie, Füße waren noch von grauer Flut umspült, aber oben war es ganz klar und eine helle weite Landschaft lag plötzlich in aller Sonne vor mir. Ueber mir blauer Himmel, nordwärts nahe ein Dorf, südwärts über dem Rheintal eine weiße Nebelebene und dahinter das, um dessentwillen diese ganze Fahrt vor vielen anderen wie ein Symbol mir im Gedächtnis geblieben ist. Ganz fern hinter dem wie weiße Watte gebauschten Nebelfeld, wie in der Luft schwebend, standen silbern und blau und doch in greifbarer Klarheit die Berggipfel der Schweiz. Alles dies in einer Sekunde von dem Auge umfaßt. Die nach innen gewendeten Blicke stürzten wie ins Grenzenlose und umfaßten plötzlich die ferne Bergkette mit solcher Erschütterung, daß das Herz sich in der Brust aufriß zu Tränen.

Ich stand lange wie am Rande einer Welt und sah jenseits des Okeanos die Burgen der Seligen.

Erst nach und nach fand ich mich zurück und betrachtete prüfend die eigene Erschütterung, „gefühlvoll lächelnd, wie sich's ziemt". Und dankte doch dem Leben, das mir einen solchen Anblick geschenkt als unverlierbares Eigentum.

Im Weiterschreiten bedachte ich, welch ein Trost es ist, daß es Berggipfel auf Erden gibt. Andere Stationen meines Lebens fielen mir ein, wo der Anblick eines solchen himmelansteigenden Gesteins in schwersten und heitersten Stunden das Herz beflügelt und über sich selbst hinausgetragen hatte und ich verstand die tiefe Erfahrung des alten Wortes: „Ich hebe meine Augen auf zu den Bergen, von welchen mir Hilfe kommt."

Die Wissenschaft sagt uns, das Nachdenken gibt ihr recht, daß einst alle Berge vergehen, daß sie zu Sand zerrieben und zu einer grauen Ebene vermahlen werden. Aber gewiß leben dann andere Menschen und es mag ihre Sorge sein, wie sie leben können. Werden dann auch jene inneren Gebirge des Geistes, die Menschen die über die Ebene der Massen ragen, verschwunden sein? Ich weiß es nicht und kann es nicht denken. Aber es ist da irgendwo ein Zusammenhang. Sind wir nicht auch dabei, jene geistigen Berge immer mehr abzutragen, zu Sand zu vermahlen?

Ist die Ebene das letzte Schicksal nicht nur der Erde, auch der Menschen?

Winterbeihilfen für kriegshinterbliebene Witwen, Vollwaisen und Eltern, die bereits Rente beziehen (vorläufig ausgenommen uneheliche Kinder), können beantragt werden Poststr. 5 IV zwischen 9 und 1 Uhr beim Magistratskommissar für Kriegshinterbliebenenfürsorge, wenn das Gesamteinkommen einschließlich aller Renten der Witwen oder der Eltern 3500 ℳ nicht übersteigt. Für jedes Kind unter 14 Jahren werden dem Jahresverdienst 500 ℳ hinzugerechnet. Personen unter 50 Jahren ohne Kinder erhalten die Beihilfen nur, wenn sie dauernd erwerbsunfähig oder erwerbsbeschränkt sind. Der Höchstbetrag der Witwenbeihilfe ist 20 ℳ für die Witwen und 20 ℳ für jedes Kind unter 14 Jahren, zusammen aber höchstens 100 ℳ für Familie und Monat. Die Winterbeihilfe wird jetzt für 3 Monate rückwirkend vom 1. Oktober ab ausgezahlt. Die Abfertigung soll nach den Anfangsbuchstaben des Namens der sich meldenden Hinterbliebenen vom 27. November bis 10. Januar n. J. werktäglich erfolgen. Näheres ergeben die Säulenanschläge.

Georg Reicke: „Sie".

Erstaufführung im Komödienhaus.

„Sie" heißt Hanna, ist die Tochter eines Droschkenkutschers und Mittelpunkt von fünf kleinen Komödien, die Georg Reicke, Berlins dichtender Bürgermeister, zu einer großen fünfaktigen zusammengestellt hat. Diese Komödie ist natürlich keine Komödie geworden, sondern eine dramatisierte Novelle in fünf Kapiteln: der Lebensweg der kleinen nach oben strebenden Hanna Czatorska durch fünf verschiedene Milieus hindurch.

Das Stück ist auch um des Geistes willen, aus dem es entstand, keine Komödie geworden. Zum Komödienschreiben gehört ein Schuß Bosheit und Gehässigkeit — und Georg Reicke ist ein zu liebenswürdiger Mann dazu. Es lagen schon allerhand Möglichkeiten im Thema: wenn zum Exempel die Kleine ihren Kommerzienrat doch bekam, weil sie im Grunde so berlinisch tüchtig ist, oder wenn der falsche Baron von Korff und das Freifräulein von Czatorska, zu dem Hanna sich eigenhändig erhebt, trotz allem den Sieg davontrugen, wiederum, weil sie beide so tüchtig sind und hinauf wollen. Reicke verzichtet auf beides und läßt, was zehn Minuten vor Toresschluß noch keiner der Hörer ahnen kann, die Liebe siegen. Er ist zu anständig zum Komödienschreiben.

Dabei hat er sich alle Mühe gegeben, aus seiner Haut herauszukommen. Wenn der Vorhang aufgeht und Hanna kommt im Hause ihres Onkels vom Fest heim und beginnt sich auszuziehen, um dann im Negligé der Reihe nach ihre hoffenden Verehrer zu empfangen, denkt man: Was dieser Wedekind doch für Verheerungen bis in die besten Kreise hinauf angerichtet hat! Aber schon im zweiten Akt siegt Reickes bessere Natur: die Ansätze zum heißen Atem verebben und sein eigentliches Wesen bricht wieder durch. Und zugleich wird der Dramatiker vom Novellisten abgelöst. Mit kleinen Strichen wird das heimatliche Milieu Hannas geschildert, der Vater, von dem sie den Zug nach oben hat, die Mutter, die naive Schwester, der Zimmerherr. Das Geschehen rückt nicht weiter; erst im nächsten Akt macht es wieder einen Sprung vorwärts, wenn Hanna ihren Kommerzienrat beinahe bekommt, bis er auf einem plötzlichen Ehrlichkeitsanfall, in dem sie ihre Herkunft gesteht, wieder entwischt. Im vierten stockt es wieder: ein neues Milieu taucht auf, eine Pension gescheiterter Künstler, deren Willen nach oben nicht ausgereicht hat. Hier angelt Hanna sich ihren falschen Baron, den sie im letzten Bild, am Vorabend der Hochzeit, durch Durchbrennen von seiner Seite wieder los wird, um in die Arme eines sie durch alle fünf Akte hindurch liebenden Musikers zu sinken. Da ihre Ausflüge ins Laster nirgends über den Willen hinaus zur Tat kommen, kann man sogar von belohnter Tugend reden.

Das Wesentliche ist in diesen Angaben eigentlich schon enthalten. Reicke verbleibt mit seiner Menschenschilderung in den äußeren Bezirken der Seele, zeichnet mit dem Material des Tages, ohne sich auf die tieferen Schichten irgendwie einzulassen. Er gibt eine bürgerliche Komödie einer unbürgerlich gedachten, nicht unbürgerlich empfundenen Gestalt, und stellt um sie bewährte Typen alter Lustspiele mit bewährten Mitteln. Und da er das alles so menschlich sympathisch tut, hört man trotz aller Breite und Umständlichkeit geduldig bis zum Ende zu und gönnt ihm sogar den freundlichen Beifall, der ihn immer wieder auf die Bretter rief. Mit unserer Welt hat es nichts zu tun; die andere, für die er schreibt, existiert aber auch — und warum soll sie nicht auch ihre Komödien haben?

Viel tat die Aufführung für den Erfolg. Die quecksilbrig tüchtige Hanna spielte Erika Gläßner. Sie gab sehr hübsch aus, was eigentlich das Wesentliche ist für diese Rolle — und ihre etwas eintönig soubrettenhaften Töne paßten nicht übel für die Gestalt. Eine ausgezeichnete Leistung gab Herr Haskel als Kommerzienrat von Fromhold. Seine rührend verschleierte Verliebtheit, die Glotzaugen, die ganz Seele waren — das ging weit über die Unterlagen hinaus, die ihm das Stück bot. Die Rollen der beiden anderen Liebhaber waren bei den Herren Schüngel und Stieda in guten Händen. **Fechter.**

Der Durchbruch von Brzeziny. Zum fünften Male jähren sich am 24. und 25. November die Tage des Durchbruches von Brzeziny. — Während der Hauptteil der 9. Armee den Nordflügel der russischen Heere südlich der Weichsel bei Lodz festhielt, indes das I. Reservekorps gegen Warschau deckte, umging das XXV. Reservekorps (49. und 50. Reservedivision, 3. Garde-Infanteriedivision, Kavalleriekorps Richthofen mit 6. und 9. Kavalleriedivision) Lodz im Osten und schob sich südlich der Stadt zwischen die 2. und 5. russische Armee. Schon war der feuerspeiende Ring um Lodz fast geschlossen, da tauchten im Rücken des XXV. Reservekorps von Süden her starke russische Marschsäulen auf, im Osten drängte die Reiterei Nowikows an und im Nordosten brach der Russe beim Nachbarkorps durch. So war das XXV. Reservekorps selbst eingekeilt. Trotzdem hielt es zäh an dem alten Ziel fest, den Feind bei Lodz zur Uebergabe zu zwingen. Erst als nach dreitägigen schweren Kämpfen Lebensmittel und Munition zu Ende gingen, entschloß sich der kommandierende General von Scheffer zum Durchbruch nach Nordosten. Während das Kavalleriekorps den nachdrängenden Gegner im Rücken und rechter Flanke abwehrte, stürmten die drei Infanteriedivisionen in verzweifeltem Opfermut gegen den südlich Brzeziny stehenden Feind an; links brach die Infanterie der 3. Garde-Infanteriedivision nächtlicherweile durch den Einschließungsring, in der Mitte fesselte die 49. Reservedivision den Gegner bei Bororo durch wütende Angriffe, rechts rollte die 50. Reservedivision, von Osten her umfassend, auf. Der zähe Wille aller scheinbar hoffnungslos Eingekreisten sprengte in unwiderstehlichem Ansturm den eisernen Ring. In wilder Flucht ging der Russe über Brzeziny zurück. Das XXV. Reservekorps aber erreichte mit 64 eroberten Geschützen, 2000 Verwundeten, dem gesamten Troß und 16 000 Gefangenen den Anschluß wieder an die Armee.

Oberstleutnant Füßlein.

Neuerscheinungen.

Die Deutsche Volkshochschule heißt eine Sammlung von kleinen Schriften, die Prof. D. W. Rein in der bekannten Reihe „Friedrich Manns Pädagogisches Magazin" (Langensalza, Beyer und Söhne) herausgibt. Fachleute nehmen in diesen wenig umfangreichen, billigen und allgemeinverständlich geschriebenen Heften Stellung zu Fragen aus dem großen Gebiet der Volkshochschule. So behandelt K. Maß „Die städtische Volkshochschule", B. Clemenz beleuchtet die Frage „Frieden — Heimat — Volkshochschule", der durch seine schulreformerischen Bestrebungen bekannte Stadtschulrat von Neukölln, Dr. A. Buchenau, betrachtet „die deutsche Volkshochschule nach Idee und Organisation", „Lehrplan und Lehrweise" werden von H. Harms aufgestellt, „Das Bildungsideal der Volkshochschule" in großen Zügen von O. Planck gezeichnet, auf die „Eigenart des Erwachsenenschulunterrichts" (Heimatkunde, Kulturgeschichte) von P. Stürner hingewiesen und endlich von Dr. A. Kleinide „Ein Besuch in der dänischen Volkshochschule zu Vallekilde" geschildert. Die kleinen inhaltreichen Hefte bilden eine gute Einführung in die Ideenwelt und die Forderungen der Volkshochschule.

Das Recht der Arbeiterräte auf Bilanzeinsichtnahme.

Von

Dr. rer. pol. Paul Gerstner,

Dozenten an der Handelshochschule Berlin.

Bei der Beratung des Betriebsrätegesetzes bildet die Behandlung der Einsichtnahme in die Bilanzen seitens der Arbeitnehmervertreter einen viel umstrittenen Punkt, wie dies in der Ausschußdebatte am letzten Sonnabend besonders hervorstrat. Wir haben deshalb Veranlassung genommen, einen in Bilanzfachen besonders erfahrenen Kenner um eine Aeußerung zu dieser wichtigen Frage zu ersuchen.

Eine der für unser Wirtschaftsleben schwerwiegendsten Fragen bei der Beratung des der Nationalversammlung vorliegenden Gesetzentwurfes über die Einrichtung der Arbeiterräte ist unstreitig die Frage, ob, gemäß § 35 dieses Entwurfes, den Arbeiterräten unter gewissen Voraussetzungen das Recht auf die Einsichtnahme in die Bilanzen kaufmännischer Betriebe gewährt werden soll oder nicht.

Der frühere Reichsminister Gothein kommt in einem Artikel im „Berliner Tageblatt", welcher dieser Tage erschien, zu der Ansicht, daß ein derartiges Recht eine außerordentliche Gefahr nicht nur für die davon betroffenen Unternehmen, sondern auch für das deutsche Wirtschaftsleben darstellt. Gothein ist deshalb von verschiedenen Seiten sehr scharf angegriffen worden. Jedoch mit Unrecht. Das Recht der Bilanzeinsicht ist in verschiedenen gesetzlichen Bestimmungen bisher schon zum Ausdruck gekommen, so für den von der Geschäftsführung ausgeschlossenen Gesellschafter des bürgerlichen Rechts bzw. der offenen Handelsgesellschaft in den §§ 716, 666, 259 und 260 B.G.B., in Verbindung mit § 810 des B.G.B. und § 118 H.G.B., desgleichen für den Kommanditisten einer Kommanditgesellschaft nach § 166 H.G.B., den stillen Gesellschafter nach § 338 H.G.B. Das weitergehende Recht auf Bilanzeinsicht bleibt der § 246 H.G.B., in welchem Rechte und Pflichten des Aufsichtsrats von Aktiengesellschaften bzw. in Verbindung mit § 320 H.G.B. für die Kommandit-G.m.b.H. festgelegt sind. Auch das Gesetz, betr. die Gesellschaften mit beschränkter Haftung, nimmt auf diesen grundlegenden Paragraphen Bezug. Es darf daran erinnert werden, daß das Recht auf Einsichtnahme in die Bücher und Bilanzen für die erwähnten Arten von Gesellschaften ein überaus wichtiges begrenztes ist, und daß auch sehr viele Gesellschafter infolge mangelnder Sachkenntnis häufig nicht einmal in der Lage sind, selbst das zugelassene Recht auf Einsichtnahme in genügendem Umfang ausüben zu können. Fernerhin ist daran zu erinnern, daß die Institution des Aufsichtsrats besonders in den letzten Jahren vor dem Krieg stets den schärfsten Angriffen sowohl in der Literatur als auch in der Landespresse ausgesetzt war. Als Hauptargument gegen die bestehende Einrichtung des Aufsichtsrats bzw. die praktische Handhabung der Ueberwachungspflicht durch die vorhandenen Aufsichtsräte wurde geltend gemacht, einmal, daß zuviel Aufsichtsratsmandate häufig in einer Hand vereinigt zu sein pflegen, zum anderen aber, was ausschlaggebend ist, daß manche Aufsichtsratsmitglieder ihre Stellung mehr den gefälligen Beziehungen oder einem klangvollen Namen verdanken, als der für diese verantwortungsvolle Ueberwachungstätigkeit unbedingt erforderlichen Sachkenntnis. Recht treffenlich betont dies insbesondere Schmalenbach in seiner „Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung" (6. Jahrgang 1911/12, S. 271), und hebt hervor, daß, wenn den Aufsichtsräten die nötige Sachkenntnis fehle, sie entweder schleunigst ihr Amt niederlegen oder sich der Hilfe von Fachleuten bedienen sollten.

Der Entwurf des Betriebsrätegesetzes geht von dem grundsätzlich richtigen Gedanken aus, die Arbeiter und Angestellten zur Mitarbeit an privaten Unternehmen heranzuziehen, um dadurch die Produktivität dieser Unternehmungen im Interesse unserer gesamten Volkswirtschaft nach Möglichkeit zu steigern. Dieser an sich sehr glückliche Gedanke soll seinen Ausdruck finden in der im Regierungsentwurf vorgesehenen Mitbestimmungsbefugnis der Angestellten und Arbeiter, letzten Endes in dem vorgesehenen Recht zur Einsichtnahme in die Bilanzen privater Unternehmungen durch die von Arbeitern und Angestellten gewählten Betriebsräte. Hiermit wird den Arbeitern und Angestellten aber ein Recht in Aussicht gestellt, das für sie gleichzeitig eine überaus verantwortliche Pflicht in sich schließt. Dieses zweite Gesicht der vorliegenden Fragen wird leider zu wenig beachtet, insbesondere seitens der das Recht zur Einsichtnahme der Bilanz fordernden Arbeiter und Angestellten bzw. der ihre Interessen vertretenden politischen Gruppen.

Es ist daher unbedingt erforderlich, daß sich die zuständigen Persönlichkeiten, die über die endgültige Fassung dieses Gesetzentwurfes zu entscheiden haben, gewissenhaft fragen, ob sie wirklich den Interessen der Arbeitnehmerschaft dienen, wenn sie ihnen mit dem Recht zur Bilanzeinsichtnahme gleichzeitig gewissermaßen auch die Pflicht der Bilanzprüfung auferlegen. Ganz abgesehen davon, ob dies, wie Gothein in seinem erwähnten Artikel betont, den Interessen des betreffenden Unternehmens dienlich ist, an dessen Erhaltung und Förderung ja gerade die Arbeiter und Angestellten interessiert werden sollen. Zunächst einmal ist die Frage aufzuwerfen: Sind die Arbeiter und Angestellten, die in der Regel nur Teilausschnitte des Privatwirtschaftsbetriebes kennen und zu übersehen vermögen, überhaupt in der Lage, durch die Ausübung dieses Rechts einen das Unternehmen fördernden Einfluß auszuüben?" Diese Frage muß unbedingt verneint werden, da die Bilanz regen stets von dem größeren Wirtschaftsinhalt des Unternehmens als Ganzen zu beurteilen sind. Gesetzt den Fall, die Geschäftsleitung ist sich klar geworden, durch starke Abschreibungen der Anlagewerte bzw. durch eine starke Minderbewertung der Warenvorräte wertvolle stille Reserven zu schaffen, welche der finanziellen Kraft des Unternehmens dienen sollen, so sollte man nicht denken, daß der Arbeiterrat, selbst wenn darin zufällig geschulte Bilanzfachverständige sitzen sollten (z. B. ein erster Buchhalter), irgendwie in der Lage wäre, die wirtschaftliche und finanzielle Seite solcher weittragender Maßnahmen zu beurteilen. Ohne daß man nach weitergehende Beispiele aus dem unendlich vielgestaltigen Gebiete des Bilanzwesens zu greifen braucht, ist es wohl jedem mit dem Wirtschaftsleben Vertrauten klar, daß es auch jener vielen Fachleuten, die berufsmäßig kaufmännische Firmen beraten, wie Bücherrevisoren und Treuhand- und Revisionsgesellschaften, oft schwer ist, sich in manchen Bilanzfragen ein zutreffendes Bild zu schaffen und ein gutes Gutachten zu erstatten. Es muß zugestanden werden, daß einzelne Angestellte und vielleicht auch Arbeiter infolge ihrer genauen Kenntnis einzelner Betriebsvorgänge der Geschäftsleitung bei der Aufstellung der Bilanz, z. B. bei Bewertungen und Abschreibungsfragen, sicher wertvolle Anregungen geben können. In gut geleiteten Unternehmungen sind auch bisher derartige Anregungen jets verständigerweise gern entgegengenommen worden. Trotzdem stand gerade im Interesse der Weiterentwicklung des Unternehmens den Arbeitern und Angestellten die Bilanz als Ganzes zur Einsicht nicht zur Verfügung, und zwar wegen des Schutzes des Geschäftsgeheimnisses, wozu ja bekanntlich die Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung eines Unternehmens in erster Linie zu gehören pflegt. Mit Recht betont Gothein die außerordentliche Gefahr des häufigen Wechsels in den Personen der Arbeiterräte. Selbst bei der besten Auslese der betreffenden, doch sicher von den Arbeitnehmern als besonders vertrauenswürdig anerkannten und ausgesuchten Arbeiterräte ist die Gefahr nicht zu leugnen, daß wichtige, für das betreffende Unternehmen wertvolle Einzelheiten und Ergebnisse der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung solchen Personen zugängig werden, die irgendein Konkurrenzinteresse haben. Auch an die Gefahr der ausländischen Handelsspionage ist zu erinnern. Hierzu kommt noch die mangelnde Sachkenntnis der Beteiligten, die, verbunden mit einem natürlichen Mißtrauen der Arbeitnehmer gegen die Arbeitgeber, dazu führen kann, daß mancherlei Maßnahmen, die dem Interesse des Unternehmens dienlich sein können, von den Arbeiterräten mißverstanden werden und gegebenenfalls zu unliebsamen, sachlich nicht gerechtfertigten Differenzen, in manchen Fällen vielleicht auch mit den Steuerbehörden führen können. Es ist doch eine bekannte Erscheinung und sie jeden Buchsachverständigen eine alte Erfahrung, daß die kaufmännischen Firmen stets Wert darauf legen, denselben Bücherrevisor oder Treuhandbeamten zur Prüfung ihrer Bilanz immer wieder zu berufen, um nicht ihre in der Bilanz zum Ausdruck kommenden Geschäftsgeheimnisse zu vielen Personen preisgeben zu müssen. Was die Sachkunde betrifft, so verlangt an den Fachmann in besonderem ganz eigenartig, daß, nachdem man allgemein seit Jahren anerkannt hat, daß der Aufsichtsrat in seiner derzeitigen Form nicht den Erfordernissen entspricht, nunmehr eine neue Ueberwachungsstelle für Buchführung und Bilanz in den Betrieben geschaffen werden soll, die noch in viel weitergehendem Maße sich durch mangelnde Sachkenntnis auszeichnet. Es bedürfte dies deshalb auch den Fachmann ganz außerordentlich, weil gerade in neuerer Zeit die Bestrebungen der dem Revisionswesen nahestehenden Fachgruppen dahin geht, das Prüfungs- und Zulassungsverfahren für die öffentliche Anstellung und Bestellung von Bücherrevisoren derart anzuschneiden, daß nur die fachlich am besten geschulten Persönlichkeiten diese verantwortungsvolle Tätigkeit ausüben dürfen. Das vorgesehene Recht der Arbeiterräte auf Bilanzeinsicht ist aber für sie selbst unbedingt ein Danergeschenk. Die Betriebsräte werden veranlaßt, sich mit Fragen zu beschäftigen, von denen sie vielleicht einzelne Teile kennen, die sie aber in ihrer Gesamtheit unmöglich beherrschen können. Es ist tief bedauerlich, daß man, so wertvoll eine Höher- und Weiterbildung unserer Arbeitnehmer im Interesse unseres Wirtschaftslebens zu begrüßen ist, hierbei die Gefahr eines gröblichen Dilettantismus großzüchtet. Wer jemals die Werke über Buchführung und Bilanzen von Schär, Leitner, Reisen, Staub, Schmalenbach, Fischer und anderen Autoren auf diesem Gebiete gelesen hat, wird es verstehen, daß ich als Fachmann es tief beklage, daß man den Arbeitnehmern eine derartige Verantwortung auferlegt, wie sie die Einsichtnahme von Bilanzen bzw. deren Prüfung und Kritik bewirkt. Es ist geradezu unverantwortlich, wenn sogenannte „Volksaufklärer", wie dies kürzlich in der „Freiheit" unter dem Titel „Aufbau und Werden", Geschichte für praktische Volksaufklärung und dem Untertitel „Bilanzaufsau und Kritik" angekündigt wurde, glauben, in neun Vorträgen der Arbeiterschaft den Bilanzaufbau und die Bilanzkritik erlernen zu können, um so dadurch zu befähigen, das Recht der Bilanzeinsichtnahme auszuüben. Der zuständige Ausschuß hat, „es empfiehlt sich, Schreibzeug, Papier, Bleistift und Lineal mitzubringen", illustriert derartiges Beginnen zur Genüge, es wird mit solchen Veranstaltungen ein frevelhaftes Spiel mit den Arbeitnehmern getrieben und ihnen gewissermaßen eine Sachkenntnis in Aussicht gestellt, zu welcher Fachleute nicht nur jahrelange Praxis und mehrjähriges Studium, sondern ein halbes Leben wertvoller Erfahrung benötigen.

Meine Ausführungen verfolgen den Zweck, nicht grundsätzlich den Gedanken einer Mitarbeit der Arbeitnehmer bei den gesamten Bilanzfragen auszuschalten, sondern den beteiligten Kreisen die Bedeutung und die Verantwortung, die mit der Verleihung des Rechts auf Bilanzeinsichtnahme an die Arbeitnehmer gegeben wird, klar vor Augen zu führen. Wielleicht wird es noch noch möglich sein, in qualfster Stunde im Interesse unseres schwer darnieder liegenden Wirtschaftslebens und zur Erhaltung der Arbeitsfreudigkeit und der Initiative unseres Unternehmertums, dieses in dem Entwurfe des Betriebsrätegesetzes vorgesehene Recht auf Einsichtnahme in die Bilanz, auf das unbedingt Maß zu beschränken, das unter den gesetzlichen und wirtschaftlichen Bedürfnissen einer praktischen Mitarbeit der Arbeitnehmerschaft entspricht.

* * *

Die „N. P. P." erfahren noch aus parlamentarischen Kreisen zu der Sitzung des Ausschusses, in dem die Abstimmung über die Teilnahme der Arbeiter am Aufsichtsrat vertagt wurde; Zentrum und Demokraten wollen Zeit zu Beschaffungen gewinnen. Die Sozialdemokraten haben erklärt, keine Zugeständnisse machen zu können. Das Zentrum wird sich in einer Fraktionssitzung am Montag mit dieser Frage beschäftigen. Man glaubt, daß es sich für die Aufsichtsrat der Sozialdemokraten entscheiden wird. Wesentlich unsicherer ist die Haltung der Demokraten, trotzdem die Abgeordneten am Papier bereits zu Zugeständnissen bereit zu sein scheinen. Eine Ablehnung der umstrittenen Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes im Ausschuß würde die weitgehendsten Folgen haben. Die Sozialdemokraten würden sich freie Hand vorbehalten.

Schulfragen im Staatshaushaltsausschuß.

Der Staatshaushaltsausschuß der Preußischen Landesversammlung lehnte bei der Abstimmung über die Anträge zum Elementarschulwesen einen Zentrumsantrag ab, der auf dem Umweg über Schulbeiräte den Einfluß der Kirche wiederherstellen wollte. Dafür stimmten nur das Zentrum selbst und die Deutschnationalen. Wobei sehr wenig auch ein längerer Antrag der unabhängigen Sozialdemokraten, das gesamte Schulwesen auf dem Boden des Rätesystems umgestalten. Auf Antrag der Sozialdemokraten beschloß der Ausschuß einstimmig, beim Reichsministerium des Innern dahin gewirkt zu werden, daß der Ausschuß zur Vorbereitung des Reichsschulnotgesetzes sofort zusammentritt, um die Neuordnung der Lehrerbildung zu beraten. Dabei sollen die Wünschlisten maßgebend sein, die bei der Unterrichtsausschuß der Preußischen Landesversammlung aufgestellt hat. Dagegen wurde ein sozialdemokratischer Antrag, der den Lehrern ein weitgehendes Mitbestimmungsrecht geben wollte, gegen die Stimmen der beiden sozialdemokratischen Fraktionen und des Zentrumsantrag ersetzt, der lediglich vorsieht, daß der „Schulleiter unter Mitwirkung des Lehrerkollegiums der Schule bestellt wird". Mißtimmig wurde ein Antrag genehmigt, der die Gleichstellung der Lehrer in Stadt und Land mit den Sekretären der allgemeinen Landesverwaltung fordert. Auf unabhängige Initiative hin sollen die Junglehrer die nach bestehender Ausbildung keine Beschäftigung finden, der Gemeindeschulunterrichtes teilweise werden. Gegen das Zentrum und die Deutschnationalen fand ein sozialdemokratischer Antrag Annahme, daß bei Revisionen, die auf Wunsch eines Lehrers erfolgen, Mitglieder des zuständigen Kreisschulrats teilnehmen.

Die Demokraten hatten gefordert, daß die niederen Küsterdienste einschließlich der Leichgottesdienste und Grabgänge grundsätzlich dem Lehreramt getrennt und ihre Uebernahme den Lehrern versagt werden. Auf deutschnationalen Antrag wurden aber die Orte ausgeschließlich der Leichgottesdienste und Grabgänge gestrichen. Der so gewinderte Antrag wurde dann gegen die Stimmen der beiden Deutschnationalen Delze und Lukaszewitz angenommen, der Deutschnationale Herrmann stimmte dafür. Ein demokratisch-sozialdemokratischer Antrag auf Verabschiedung der Lehrer auf die Reichsverfassung wurde angenommen, ebenso ein Antrag, die Reichsverfassung in den Schulen zu behandeln. Ein Antrag der Unabhängigen, das gesamtliche Unterricht der Geschlechter von Ostern 1920 ab beginnen zu lassen, wurde mit dem Zusatz angenommen, daß dies nur an den Orten geschehen soll, wo der getrennte Unterricht eine bessere Organisation der Schulen verhindert. In der Frage des Religionsunterrichts hatten die unabhängigen Sozialdemokraten beantragt, daß die Kinder, die an dem Unterricht teilnehmen wollen, eine Erklärung der Eltern beibringen müßten, während die jenigen, die an dem Religionsunterricht nicht teilnehmen wollen, ihre Erklärung fernbleiben können. Dieser Antrag wurde gegen die beiden sozialdemokratischen Fraktionen abgelehnt. Gleichzeitig es bem unabhängigen Antrag, die Religionsstunden als Ende fanden oder, wo dies nicht möglich ist, auf den Nachmittag zu legen. Angenommen wurde schließlich noch ein sozialdemokratischer Antrag, daß Dispensationen der Schulkinder fest vom gesamten Sommersemester, nicht in Zukunft unterbleiben sollen.

Anträge und Anfragen.

Nationalversammlung.

Personalnachweise. Bekanntgabe des Zeitpunktes, von dem ab die Reichsregierung den Beamten Einsicht in ihre Personalnachweise gewähren wird. Anfrage der sozialdemokratischen Partei.

Ablieferung von Langholzwagen. Maßnahmen gegen die Ablieferung großer Mengen von Langholzwagen an die Entente, da das zum Ruin der deutschen Eisenbahnverkehrs führen kann. Anfrage der Deutschen Volkspartei.

Versammlungsauflösung. Angabe der Gründe für die Auflösung einer Mitgliederversammlung der streikenden Metallarbeiter des Gewerkvereins Deutscher Metallarbeiter am 8. November in Berlin durch die Sicherheitswehr. Anfrage der deutschnationalen Fraktion.

Der Totensonntag.

Der gestrige Totensonntag wurde in Groß-Berlin unter außerordentlich starker Beteiligung der Bevölkerung begangen. Aber doch das diesjährige Totenfest der Tag der allgemeinen Trauer- und Ehrerinnerung für die im Weltkrieg Gefallenen. Im Anschluß an die Predigten verlasen die Geistlichen von der Kanzel aus die Namen der Gefallenen ihrer Gemeinde und richteten innige Worte des Gedenkens an die Hinterbliebenen. Reichliche Spenden wurden dann am Ausgange der Gotteshäuser für die Hinterbliebenen Familien der Gefallenen gegeben. Ein allgemeines Trauergeläut von 12 bis 1 Uhr mittags beendete die kirchlichen Feiern.

Trotz des ungünstigen Wetters waren die Friedhöfe Groß-Berlins während es ganzen Tages außerordentlich stark besucht. Namentlich pilgerten große Scharen nach den Heldenfriedhöfen. Aber auch auf den übrigen Gottesäckern legten liebende Hände zumeist schlichte Kränze aus Moos oder Tannengrün nieder.

Totenfeier des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten.

Eine imposante Totenfeier veranstaltete der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen im Lustspielhaus. Der riesige Raum war bis auf den letzten Platz gefüllt. An der ersten Loge saßen der Reichspräsident Ebert mit Begleitung. Platz genommen, ferner der Landespräsident von Brandenburg sowie die Vertreter des Reichsfinanzamts und der Staatsministerien. In der Arena erhob sich unter Vorbeiführen von Fahnen, bedeckt von Kränzen mit roten und schwarz-rot-goldenen Schleifen. Vorderer, Polmen und Kränze schmückten Tribüne und Podium, auf denen Arbeiterregimentsmusik Leitung des Herrn Beyer und das Philharmonische Orchester unter Dirigenten Paul Scheinpflug Aufstellung genommen hatten. Beethovens „Trauermarsch" aus der Dritten Symphonie (Eroica) von Chorsprung setzte die Feier ein. Nach einem Rezitativ, die Herr Carl de Vogt und Fräulein Katharina Schieden vertrugen, erbrachte der Bundesvorsitzende Hofmann der Stoene verlassenen Witwe und des unsäglichen Elends, das dieser Krieg verursacht hat und erhielt den gefallenen Kameraden, im Namen der Anwesenden, unverbrüchliche Treue. Er schloß mit der Bitte, an die Regierung, den Hinterbliebenen und Kriegsbeschädigten helfend beizustehen.

Dann erhob sich der Reichspräsident Ebert zur Rede, die mit auf Seite 1 wiedergeben.

Wagners Trauermarsch aus der „Götterdämmerung", Beethovens „Egmont"-Ouvertüre und Chorsprung beschlossen die eindrucksvolle Feier. Nun zum Kirchgange formierte sich dann ein Zug von mehreren hundert Personen, die unter Vorantragung von Kränzen durch das Stadtinnere zum Garnisonfriedhof in der Hasenheide sich bewegten. Dort wurden die Kränze nach einer Rede des Gauleiters Baier und unter Chorsprung sowohl an den Gräbern der gefallenen deutschen Kameraden, wie auch an denen der dort bestatteten in der Gefangenschaft gestorbenen feindlichen Soldaten niedergelegt.

* * *

Im Theater des Westens veranstaltete der Stadtverband Charlottenburg der Deutschnationalen Volkspartei am gestrigen Sonntag eine Gedenkfeier für die im Weltkriege gefallenen Charlottenburger. Nach dem gemeinsamen Gesange des „Niederländischen Dankgebetes" und einem Vortrag des Kaiser-Wilhelm-Gedächtnisliedes hielt Oberkirchenrat Dr. Conrad die Weihrede, nach der die Versammlung den ersten Vers des Lutherliedes „Ein feste Burg ist unser Gott" anstimmte.

Hierauf ergriff General der Infanterie Ludendorff das Wort, um im Namen der Armee den Toten einen kurzen Nachruf zu widmen: Was der deutsche Soldat geleistet habe, sei unerreicht. Ihr tiefer Ernst und heiliger Dankbarkeit gebende das Vaterland aber auch all den Tausenden, die, wie der Redner, in der Heimat an den Folgen des Krieges ihr Leben hätten lassen müssen. Die Erinnerung an unsere Kraft und an unsere toten Helden könne und von keinem Feinde genommen werden.

Die Versammlung sang stehend den dritten und vierten Vers von Luthers Schutz- und Trutzlied „Ein feste Burg", worauf Prof. Dr. v. Willowowitz-Moellendorff ein kurzes Schlußwort sprach.

Der Nationalverband deutscher Offiziere veranstaltete für die auf dem Felde der Ehre gefallenen und infolge der Kriegswirkung des Krieges gestorbenen Kameraden im Kirtus Busch eine Gedenkfeier. Unter den Klängen der Chopinschen „Trauer von Beethoven wollos sich der Gymnasiast Kriegervereine und Studenten mit den Fahnen. Nach einem von Eberhard König gesprochenen Prolog, dem gemeinsam gesungenen Niederländischen Dankgebet einer von der Kammersängerin Frau Gigi vorgetragenen Kantate hielt Pfarrer Dibelius eine Ansprache. Nach dem Lutherliede nahm der General der Infanterie v. Dickhuth-Harrach das Wort zu einer kurzen Gedenkrede. Zum Schluß fand die Versammlung stehend das Lied „Ich hatt' einen Kameraden".

Trauerfeier für Staatssekretär a. D. Gröber.

Eine eindrucksvolle Trauerfeier fand am Sonntag mittag in der Wandelhalle des Reichstages für den verstorbenen Abgeordneten Gröber statt. Abordnungen der katholischen Männer- und Frauenvereine Groß Berlins, sowie die studentischen katholischen Vereine der Universität Berlin hatten im Hohen Hause Aufstellung genommen, Fahnen und Bannern in der Halle Aufstellung genommen, sämtliche Fraktionen der Nationalversammlung und Landesversammlung hatten Vertreter entsandt. So bemerkte man u. a. den früheren Vizekanzler von Payer, Geheimrat Kahl, Philipp Scheidemann, Landsberg, Heinze, Stresemann, Wissel, Wissmann, Bauer, Gothein, Heinrich, Heinze, Meyer. Ferner waren mehrere Staats- und Reichsminister und der Reichskanzler Bauer anwesend. Um 12 Uhr erschienen, von der Trauerfeier im Kirtus Busch kommend, der Reichspräsident Ebert und nahm neben dem Reichskanzler und den Führern der Zentrumsfraktion Spahn und Trimborn Platz.

Der Eröffnung war mit zahlreichen Kränzen, darunter dem des Reichspräsidenten, des Reichskanzlers und der beiden Zentrumsfraktionen geschmückt, an der Westseite der Halle aufgebaut, umgeben von brennenden Kandelabern. Rechts und links vom Sarge hielten Ehrenwachen der studentischen katholischen Korporationen in Wichs mit Schärpen die Totenwache. Der Trauermarsch aus der „Eroica" von Beethoven, vorgetragen von der Kapelle der Staatsoper, eröffnete die Totenfeier. Dann sang der Chor der St. Hedwigskirche das Lied „Herrlich sind Deine Zelte, ist der Herr". Hierauf bestieg Präsident Fehrenbach die Rednertribüne um in kurzer Ansprache die Verdienste Gröbers im Deutschen Reichstage zu schildern. Im Namen des Reichstages und des deutschen Volkes dankte er, der Redner, in dieser Stunde noch einmal dem Verstorbenen für alles das, was er für das deutsche Volk getan habe. Sein Andenken werde unauslöschlich unter den Mitgliedern des Deutschen Reichstages fortleben.

Hierauf ergriff Geheimrat Trimborn das Wort. Das Hinscheiden Gröbers bedeute in diesen ernsten, schweren Zeiten einen wahrhaft unersetzlichen Verlust. Alles kleinen Verhältnissen hervorragenden, habe der Verstorbene alle Zeit die Sachlichkeit des Volkes verstanden und mit warmem Herzen versucht, ihnen Rechnung zu tragen. Sein Andenken sei immer das Wohl des Vaterlandes. Kreuzvolle Stoßseufzung, Freiheit der Kirche und soziale Gerechtigkeit waren die Leitsterne des Lebens Gröbers gewesen. Der Krieg traf ihn schwer und vorzeitig. Blicke er in die Zukunft der Partei und des Vaterlandes. Wieder seine Lippen nicht erstarrt, so hätte er uns zugerufen: „Seid einig, einig, einig!" Als unschätzbares Vermächtnis werte er in der Partei weiterleben. Dann wurde die Leiche durch den Prälaten Dr. Kleineisen vom St. Hedwigskirche eingesegnet und unter den Klängen des Trauermarsches aus „Von Gott" wurde der Sarg hinausgetragen. Unter Bewunderung der studentischen Verbindungen und der Geistlichkeit im Ornat, der die Fraktion folgte, bewegte sich der Leichenzug nach dem Anhalter Bahnhof. Die Leiche wird nach Wintzerten in Württemberg überführt werden, wo die Beerdigung am Donnerstag erfolgt.

Protestversammlungen der Unabhängigen.

Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei hatte zum Sonntag vormittag innerhalb Groß Berlins 60 Versammlungen einberufen, in denen bekannte Redner und Abgeordnete, wie Dr. Breitscheid, Crispien, Wolf Hoffmann, Ledebour, Dr. Rosenfeld, Dr. Wendel, Frau Zietz und Zubeil, über die gegenwärtige politische Lage und die Ereignisse der letzten Wochen anläßlich der Anwesenheit Hindenburgs sprachen. Die Versammlungen verliefen durchweg ruhig bis auf jenige, die im Gewerkschaftshause stattfand.

Dort kam es zu einem unlieblichen Zwischenfall. Einer der Teilnehmer hatte die Verhandlungen mitstenographiert, was dem Versammlungsleiter mitgeteilt wurde. Dieser forderte den Mann auf, auf die Bühne zu kommen, was jedoch abgelehnt wurde. Daraufhin schaffte ihn der Wachtpfende unter dem Versprechen, ihn vor dem erregten Publikum zu schützen, in den Keller. Bei Unterschung fand der Wachtpfende seinen Bleistifter gefunden, die einbehalten wurden. Darauf rief der Versammlungsleiter das Publikum in den Raum, das den Gesangenen mit Schlagringen und Stöcken übel zurichtete. Er wurde schließlich von der Wache der Sicherheitspolizei des Polizeipräsidiums in Schutzhaft genommen.

Am Schluß der Versammlung im Gewerkschaftshaus am Engelufer kaldete sich ein Zug von etwa hundert Menschen, dessen Führer eine entrollte rote Fahne trug. Die Teilnehmer hatten die Wartesäulle. Am Michaelkirchplatz wurde der Zug durch die Sicherheitswehr aufgelöst und der Führer verhaftet. Darauf wurde der Demonstrant die Fahne ergriffen und den Zug weiterführen. Auch dieser wurde verhaftet. Die Menge brachte Hochrufe auf Liebknecht und Rosenfeld aggressiv.

W. Stettin, 23. November. (Eigene Drahtmeldung.) Auch in Stettin haben die Unabhängigen wie im übrigen Reiche Protestversammlungen gegen die unmoralistische Bewegung abgehalten. Es ging im allgemeinen ruhig zu; Unzüge fanden nicht statt. Interessant war, daß bei den von Führer der hiesigen Unabhängigen, Horn, vorgeschlagene Entschließung, die gewissermaßen die Grundlage für die Einigung zwischen Mehrheitssozialisten und Unabhängigen bilden sollte, und in der die Aufhebung des Belagerungszustandes, Presseverbrechen, Amnestie für politische Vergehen und Auflösung der Nationalversammlung verlangt wurde, nicht angenommen wurde, weil die Entschließung, die zum Schluß eine Anspielung auf den Kommunisten enthielt, und die Diktatur des Proletariats verlangt.

Die Einigung der Danziger Sozialdemokraten.

P. Danzig, 23. November. (Eigene Drahtmeldung.) Wie schon mitgeteilt, haben die Einigungsverhandlungen zwischen Mehrheitssozialdemokraten und Unabhängigen hier zu einer Einigung geführt. Die größten Schwierigkeiten bei den Verhandlungen machte die Frage der Diktatur des Proletariats, welche die Unabhängigen unbedingt eingeführt wissen wollen. Die Einigung kam durch Annahme einer Entschließung zustande, in der die Diktatur des Proletariats als notwendiges Mittel im Befreiungskampfe um den Sozialismus anerkannt wird. Bei den Wahlen Dezember stattfindenden Stadtverordnetenwahlen in Danzig wollen die beiden Gruppen bereits zusammengehen. Bisher waren die Sozialdemokraten so wenig wie die Polen in den Stadtverordnetenversammlung vertreten.

S. Dresden, 23. November. (Eigene Drahtmeldung.) Heute fanden in Dresden viele Versammlungen der Mehrheitssozialdemokraten und der Unabhängigen statt, die überall ruhig verliefen. Bemerkenswert ist die Tatsache, daß die Parteileitungen der beiden Richtungen vereinbart hatten, daß durch gegenseitige Angriffe das Ansehen des Tages zu stören. Es hat den Anschein, als ob die starken Einigungsbestrebungen in der sächsischen Sozialdemokratie seit dem Januar zum ersten Male greifbare Formen angenommen haben.

Deutsches Reich.

Die Anforderung von Tieren im Friedensvertrag.

Der Ausschuß der Nationalversammlung zur Ausführung des Friedensvertrags beschäftigte am Sonnabend den Antrag auf eine Bekanntmachung über die Anforderung von Tieren zur Erfüllung des Friedensvertrages. Nach allgemein erläuternden Worten des Regierungsvertreter äußerten sich die Abgeordneten der verschiedenen Parteien in dem Sinne, die angeforderten Bekanntmachungen, deren Wortlaut auf die einzelnen Länder nach einem Schlüssel verteilt wird, im Wege des freien Aufkaufes zu erwerben und nur im Notfalle zur Zwangsenteignung zu greifen. Es wurde lebhaft bedauert, daß Belgien weitergehende Zugeständnisse gemacht habe. Der Abgeordnete (Dnat.) beantragte u. a. die Bestimmung zu streichen, daß die Verfährung der Tiere unentgeltlich zu erfolgen habe, und daß gegebenenfalls die Unentgeltlichkeit auf die Fälle beschränkt werde, die die Verfährung nach Sammelstellen zu erfolgen habe, die die betreffenden Tiergattungen leicht und ohne erhebliches Kostenaufwand und Zeitverlust, sowie erweise Transportverhältnisse zu erreichen seien. Die Deutschnationale Fraktion der Nationalversammlung hat in Gemeinschaft mit der Deutschen Volkspartei folgende Interpellation eingebracht:

„Durch die Witterungsverhältnisse der letzten Wochen ist bereits an sich schon äußerst bedrohliche Gestaltung der Ernährungsfrage auf allen Gebieten der Landwirtschaftlichen Erzeugung noch weiter verschärft worden. Was geschehen ist, die Regierung zu tun, um den sich hieraus ergebenden schweren Gefahren für die deutsche Bevölkerung zu begegnen?"

Härfing und der oberschlesische Belagerungszustand.

Wir werden um Verbreitung folgender Mitteilung ersucht: Die W. T. B.-Nachricht vom 21. d. M., betreffend den Belagerungszustand in Oberschlesien und den Rückritt des Reichskommissars Härfing, gibt der Auffassung Raum, daß der Antrag des Reichskommissars auf Aufhebung des Belagerungszustandes von keiner Seite Zustimmung gefunden habe. Das ist aber unzutreffend. Denn der mit der Führung der Oberpräsidialgeschäfte der neuen Provinz Oberschlesien beauftragte Regierungspräsident von Oppeln, Geheimer Justizrat Bitta, hat die Aufhebung des Belagerungszustandes empfohlen, wenn er auch hierbei feststellte, daß, abgesehen von Mißgriffen einzelner Militärstellen, der Belagerungszustand die ruhestebende Bevölkerung Oberschlesiens nicht besonders störe.

Keine Pferdeversteigerungen mehr.

Die Verkäufe von Pferden aus Anlaß der Verminderung des Heeres finden nicht mehr auf dem Wege der Versteigerung statt. Die von der Heeresverwaltung zum Verkauf bestimmten Pferde werden an Aufkäufer abgegeben und zwar mit Rücksicht auf die Sicherstellung der Versorgung mit Zugpferden, an landwirtschaftliche Kommunen oder an von den landwirtschaftlichen Organen zur Verteilung an wirklich pferdebedürftige Landwirte zu überweisen. Von diesen werden Kriegsbeschädigte, Hinterbliebene von im Felde Gefallenen, ferner solche Personen, die mit staatlicher Unterstützung angesiedelt werden sollen, aber auch Personen, denen Pferde bereits seinerzeit haben abgeschafft werden müssen, zuerst berücksichtigt. In dringenden Fällen gehen die Landwirtschaftskammern Pferde auch an andere Gewerbetreibende ab, außerdem an Personen, die Dienste der Allgemeinheit tätig sind. Die aufgeführten Pferdetypen werden sicher Gestüte. Die bauern nicht mehr arbeitsfähig sind, werden an die Landesfleischereien abgegeben. Anträge auf Ueberweisung von Pferden sind in den Landkreisen (Oberamtsbezirken usw.) an den Landrat usw., in den Stadtkreisen an die Polizeiverwaltung zu richten.

Strafurteile wegen Landfriedensbruch.

Dessau, 22. November. Das Dessauer Schwurgericht fällte heute abend, nach dreitägiger Verhandlung, das Urteil in einem Landfriedensbruchprozeß gegen Wiedhoff und Genossen, in dem sich 13 Angeklagte wegen grober Ausschreitungen und Tätlichkeiten gegen Angehörige der Sicherheitswehr und Polizeiverwaltungen auf dem Leinen Markt zu Anfang des Jahres zu verantworten hatten. Das Gericht erkannte auf Strafen von 2 Jahren Zuchthaus bis herab zu 3 Monaten Gefängnis.

Judenfeindliche Kundgebungen in München.

München, 23. November. Vor der Feldherrnhalle kam es mittags zu judenfeindlichen Kundgebungen unter großem Menge, die hauptsächlich aus Studenten bestand. Die militärische Wache säuberte schließlich den Platz. Zwischenfälle ereigneten sich nicht.

Besprechung über Wohnungsnaturen im besetzten Gebiet.

Darmstadt, 22. November. Heute fand hier eine Besprechung zwischen Vertretern der zuständigen Reichszentralbehörden und den hessischen zuständigen Ministerien statt über die Frage der Errichtung von Wohnungsnaturen im besetzten Gebiet, insbesondere auch von Wohnungen für französische Offiziere und Beamte, sowie zur Linderung der Wohnungsnot, die infolge der Besetzung der rheinischen Gebiete eintreten ist. In diesen Besprechungen waren auch die Hungerwinter bei in Betracht kommenden Gemeinden gefoden. Leider konnten sie aber infolge eines Verbots der französischen Militärbehörde nicht erscheinen. Dies

Der sächsische Finanzminister gegen die Reichssteuerpolitik.

Drahtmeldung.

Leipzig, 23. November.

In einer gestern abend abgehaltenen Versammlung der Deutsch-Demokratischen Partei sprach der sächsische Finanzminister Rücklche über Finanz- und Wirtschaftsfragen und erklärte nach dem Bericht der „Leipziger Neuesten Nachrichten" u. a., daß er die Steuerpolitik im Reich für bedenklich halte.

Es sei nicht richtig, Beträge, wie z. B. das Reichsnotopfer, an eine Stelle zusammenzuführen. Wenn vom Reichsinnenminister erklärt worden sei, daß der Friedensvertrag keine Möglichkeit des Zugriffes seitens der Entente biete, so wäre es vielleicht doch besser gewesen, wenn beim Minister gegenüber der Entente auch in anderen Bezeihungen mehr Rückrauen verbunden gewesen wäre. Wenn es dem Reichsfinanzministerium wirklich gelingen sollte, die Steuerhoheit des Reiches notdürftig herzustellen, dann würde hierdurch ein ganz falscher Eindruck nach außen erweckt, weil das grenzenlose finanzielle Elend der Einzelstaaten in Wahrheit nicht gegen unsern Gegnern nicht gesehen werde, sondern nur die Finanzlage des Reichs als Mastkopf für unsere Leistungsfähigkeit in Frage komme. Bei allem Verständnis für die finanzielle Lage des Reichs müsse verlangt werden, daß andere Mittel und Wege ins Auge gefaßt würden. Er habe die Absicht, für den Freistaat Sachsen eine aktive Finanzpolitik zu treiben. Es sei daher nicht möglich, einen Plan aufzustellen, solange das Verhältnis der Einzelstaaten zum Reich nicht festgelegt sei. Er sei beauftragt worden, nach Berlin zu reisen, um die drei wichtigsten Finanzgesetze im Reichsrat zu verabschieden. Er habe aber die Entwürfe noch nicht zu sehen bekommen und es deshalb abgelehnt, sich damit zu beschäftigen. Er könne nicht nach Berlin gehen, nur um Ja und Amen zu sagen und hoffe, daß sich auch die übrigen Minister des Reichsrats auf diesen Standpunkt stellen würden.

Wenn sich ein Teil unseres Volkes, erklärte der Minister, schließlich mit den heutigen Zuständen nicht zufrieden gibt, so muß doch jeder objektive Beurteiler einräumen, daß die Parteien, die heute die Verantwortung tragen, obgleich sie sich in fortgesetzter Weise gegen Rechts und links befinden, noch viel Schlimmeres abgewendet haben, und wenn das Schlimmste nicht eingetreten ist, so ist festzustellen, daß die Partei, die heute die schärfste Kritik übt, nicht dazu beigetragen hat.

Die Ausführungen des Ministers wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Es gelangte dann eine Entschließung zur Annahme, in der gegen die von der Entente verlangte Lieferung von Schwimmdocks, Baggern usw. flammender Protest erhoben und die Reichsregierung aufgefordert wird, dieser Forderung ein unbedingtes „Nein" entgegenzusetzen.

Der Oberbund.

Vor einigen Tagen wurde mit Sitz in Frankfurt a. O. der Oberbund gegründet. Unser schlesischer Mitarbeiter schreibt uns folgendes über Zweck und Ziel des Bundes:

Der Verkehr auf den deutschen Wasserstraßen wird zweifellos in nächster Zeit bei dem mangelhaften Betrieb der Eisenbahn bedeutend zunehmen müssen. Durch die Uebernahme des Verkehrswesens, auch der Wasserstraßen, auf das Reich, wird eine wesentliche Veränderung der ganzen Organisation eintreten. Vor allem wird auch die Oder erhöhte Bedeutung gewinnen, lokale sie durch den Mittellandkanal mit dem westlichen deutschen Flußnetz in Verbindung gebracht ist und dann der Rücksicht der landwirtschaftlichen und industriellen Produktionsbezirke Ost- und Westdeutschland auf dem Wasserwege möglich ist. Die Lösung der außerdem schwebenden Fragen wegen der Verbindung der Oder mit der Donau und Fortführung weiterer großer Stau- und Wasserkraftanlagen wird ebenfalls in der Zukunft zu erwarten sein. Alle diese Angelegenheiten sind für die an der Oder und ihren wichtigsten Nebenflüssen liegenden Städte, ebenso wie für die dort heimische Industrie und Handelswelt und für die belegte Oderschiffahrt von außerordentlich großem Einfluß. Es ist deshalb natürlich, daß diese Kreise sich zur gemeinschaftlichen Wahrung ihrer Interessen zu einer Vereinigung „Oberbund" zusammengeschlossen haben.

Bisher fanden sich nur provinzielle Vereinigungen in Pommern (Pommerscher Binnen-Schiffahrts-Verein) und in Schlesien (Schlesischer Provinzial-Verein für Fluß- und Kanalschiffahrt). Ein gleicher Zusammenschluß ist nunmehr auch in Brandenburg in Gestalt des Brandenburgischen Oberverein mit dem Sitz in Frankfurt a. Oder gegründet worden. Diese drei Vereine werden sich überseits zum Oberbund in der Weise zusammenschließen, daß zu dieser Beratung dieses Bundes eine Anzahl von Vertretern entsandt werden. Mit Rücksicht darauf, daß gerade Oberschlesien für die Industrie, Handel und Schiffahrt der Oder von besonders großer Bedeutung ist, wurde schon bei den bisherigen Beratungen vorgeschlagen, daß der schlesische Provinzialverein, dem wohl auch die oberschlesischen Interessenten angehören, zu dem „Oberbund" außer drei niederschlesischen Vertretern auch zwei Abgeordnete der oberschlesischen Interessenten entsendet. Im übrigen ist die Zusammensetzung der Abgeordneten so vorgesehen, daß in jeder Provinz möglichst ein Vertreter der Städte, ein Vertreter von Handel und Industrie und ein Vertreter der Schiffahrt entsendet werden. Auf diese Weise dürfte eine Vertretung aller Interessen im Oberbund gewährleistet sein. Der Brandenburgische Oberverein insbesondere wird auch die Arbeitnehmerorganisation umfassen und deren Vertreter zum Oberbund entsenden.

Eine der ersten Aufgaben des Oberbundes ist die, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß als Vertreter Deutschlands in der internationalen Oderkommission nicht nur Regierungsbeamte entsandt werden, sondern daß von diesen drei Vereinen zwei dem Handel und der Schiffahrt der Oberprovinzen angehören. Außerdem soll der Oberbund für die deutschen Mitglieder dieser internationalen Kommission eine Art weiteren Beirat bilden, der in allen von der Kommission zu regelnden Fragen sich über die deutschen Interessen zu äußern hat und für deren Wahrnehmung sorgen wird.

Tarifabschluß in der bayerischen Metallindustrie.

m. München, 22. November. (Eigene Drahtmeldung) Die Tarifverhandlungen in der bayerischen Metallindustrie, soweit die Städte Nürnberg, Augsburg und München in Betracht kommen, sind am 20. November vor der Demobilmachungsstelle Nordbayern in Nürnberg abgeschlossen worden. Die Arbeitszeit wurde vom 20. November ab auf 45 Stunden, für die Zeit nach dem 2. Februar 1920 auf 46 Stunden wöchentlich festgesetzt. Ferner hat der Schiedsspruch Lohnzuschläge sowohl auf die tariflich geregelten Einstellungslöhne, wie auch auf die zurzeit von den Arbeitern und Arbeiterinnen bezogenen Löhne bestimmt. Beide Teile haben sich, wie schon gemeldet, im voraus dem Schiedsspruch unterworfen.

Aus Groß Berlin.

Die Kommunalbeamtenschaft gegen den Magistrat Berlin.

Ueber zweitausend Großberliner Kommunalbeamte und Lehrer füllten am gestrigen Sonntag vormittag den großen Saal der Germania-Säle in der Chausseestraße, um gegen die Behandlung der Besoldungsreform seitens des Berliner Magistrats zu protestieren. Eine Parallelversammlung fand im großen Saal des Kriegervereinshauses statt.

Der Große Vorsitzende des Verbandes der Beamten und Angestellten der Stadt Charlottenburg Galey wirte aus, die Beamtenschaft sei in ihrer Erwartung aufs schwerste enttäuscht. Man sei genötigt, die Beamten und Angestellten aufzurufen, energisch gegen die von dem Magistrat beschlossene Verschlechterung der Besoldungsreform Stellung zu nehmen. Der Magistrat Berlin habe völlig unannehmbare Grundsätze nachträglich aufgestellt. Es müsse an die Stadtverordneten appelliert werden, daß sie gegen die vom Magistrat beschlossenen unsozialen Aenderungen einstehen Front machten. Lehrer Tschentscher-Schöneberg sprach eingehend über die materielle Lage und die dringendsten Bedürfnisse der Beamtenschaft. Das unsoziale Verhalten des Magistrats müsse dazu führen, daß die Beamtenschaft korrumpiert werde. Nach eingehender Aussprache wurde folgende Entschließung gegen eine starke Minderheit, welche eine schärfere Fassung verlangte, angenommen:

„Die heute in den Germaniasälen versammelten Beamten, Beamtinnen, Lehrer und Lehrerinnen, sowie bezirkliche Angestellte der Groß Berliner Gemeindeverwaltungen beurteilen es auf das schärfste, daß der Berliner Magistrat von den in monatelangen Verhandlungen zwischen den Kommunalbeamten Groß Berlins und den Groß Berliner Gemeindevertretern getroffenen Vereinbarungen über die Besoldungsreform, namentlich zu ungunsten der wirtschaftlich Schwachen, erheblich abgewichen ist. Sie richten an die Berliner Stadtverordnetenversammlung das dringende Ersuchen, die in diesen Verhandlungen getroffenen Vereinbarungen, die das Mindestmaß ihrer Forderungen enthalten, in vollem Umfange wiederherzustellen."

Eine Denkschrift über die Versorgung mit Frischfleisch wurde, laut der „Allgemeinen Fleischer Zeitung", von der Zentralgenossenschaft des Fleischergewerbes für Groß Berlin und Umgegend dem Reichsernährungsminister mit ausführlicher Begründung überreicht. Die Zentralgenossenschaft erklärt sich bereit und imstande, Groß Berlin mit Frischfleisch dauernd zu versorgen, während Frischfleisch in den letzten Monaten bekanntlich an die Bevölkerung so gut wie gar nicht verteilt worden ist, sondern fast ausschließlich in den Schleichhandel gelangte. Bei Bewirtschaftung durch die Zentralgenossenschaft würde dieser gänzlich ausgeschaltet werden.

Das Einkloppächen. Mit der Einführung des Einkloppächens ist voraussichtlich ab 1. Januar zu rechnen. Es soll ohne Paketadresse, wie das Feldpostpaket befördert werden und vorläufig ohne Einschreibe- und Nachnahmeberechtigung bleiben, weil sonst eine mit den bestehenden Einrichtungen nicht mehr zu bewältigende Kontrollarbeit nötig wäre. (Die Zahl der Wertpakete ist seit dem Vorjahr von 2,8 Millionen auf 5,5 Millionen gestiegen; in Berlin laufen mitunter täglich 25 000 Wertpakete ein!) Als Gebühr wird voraussichtlich 60 ₰ erhoben werden. Die äußeren Abmessungen werden gleichfalls Beschränkungen unterworfen sein. (Man spricht von 30 cm lang, 15 breit und 10 hoch.) dn.

In der Untersuchungssache gegen den Oberleutnant Otto Marloh wegen Totschlags (Erschießung von Angehörigen der Marinedivision in der Französischenstraße 29 am 11. März 1919) liefert die Hauptverhandlung vor dem Kriegsgericht der Reichswehrbrigade III am 3. Dezember 1919 im Großen Schwurgerichtssaal des Berichtshofs III, Berlin, Turmstr. 91 (neues Kriminalgericht, Stimmzettel 663) statt.

Letzte Meldungen.

Die Verhaftungen in Bulgarien.

A. **Frankfurt a. M.**, 23. November. (Eigene Drahtmeldung. Die Frankfurter Zeitung" berichtet aus Sofia: Den Rücktritt gefaßter Beschluß des Ministerrats entsprechend, sind in den letzten Tagen über 200 politische Persönlichkeiten verhaftet worden, denen man die Schuld am Eintritt Bulgariens in den Weltkrieg beimißt, darunter die meisten Minister des Kabinetts Radoslawow und die Generale Protogorow und Petrow; ferner eine Anzahl Journalisten. Ebenso wird die Auslieferung des Zaren Ferdinand und des früheren Ministerpräsidenten Radoslawow verlangt werden.

Kohlenbeschlagnahme durch Frankreich.

Bern, 23. November. Die „Baseler Nachrichten" und andere Zeitungen berichten, daß ein durch Frankreich gehender Transport von 5000 Tonnen belgischer Kohle für die Schweiz, die von den Bestellern bereits bezahlt sind, beschlagnahmt worden sei. Als Grund geben die französischen Behörden den Kohlenmangel und die ungenügende Besserung Frankreichs durch Belgien an. Da die Schweiz selbst an Kohlenmangel leidet, bereitet die Zurückhaltung der Kohlen ungemein unangenehm.

Spalato, 23. November. (Meldung des dalmatinischen Presse-Bureaus.) d'Annunzio beabsichtigt, sich ganz Dalmatiens zu bemächtigen. Die italienischen Blätter in Zara veröffentlichen ohne Vorbehalt die Angaben über die Stärke seiner Truppen, die für Spalato bestimmt seien. Dalmatien erwartet von der Belgrader Regierung energisches Auftreten, um den Einmarsch der Italiener auf das jugoslawische Gebiet abzuschlagen.

Madrid, 23. November. (Havas.) Die Lage in der Brotversorgung hat sich verschlechtert. Es kommen häufiger Zwischenfällen auf den Werken und vor den Bäckereien, wo eine unbestimmte Menge die Verteilung ungenügender Vorräte erwartet.

Volkswirtschaftlicher Teil.

Zum Rückgang der Lira.

Von unserem römischen Mitarbeiter.

Rom, 18. November 1919.

Das nationale Devisenintitut in Rom erläßt ein Rundschreiben an die italienischen Handelskammern, in welchem auf die zum Schutz der Valuta bestehenden Verordnungen hingewiesen und ihre Beobachtung neu eingeschärft wird. Erstens wird auf das Exportverbot von Banknoten, wie überhaupt von allen Kreditmitteln, die auf italienische Lire lauten, erinnert. Zweitens wird das Verbot aufgefrischt, italienisches Kapital auch nur in indirekter Weise im Ausland, ohne spezielle Erlaubnis der Regierung, anzulegen. Drittens wird erneut auf das spezielle Verbot aufmerksam gemacht, ausländische Wertpapiere, die bei ihrer ersten Emission nicht die Genehmigung des Schatzministers erhalten haben, in Italien zu plazieren. Einen großen Einfluß auf die Besserung der Valuta können aber diese Maßnahmen nicht haben, solange die wirtschaftliche Lage des Landes dieselbe bleibt. Es fehlt vorläufig an Staatseinnahmen, während die Staatsausgaben immer noch sehr hoch sind, weil die Verschleppung der Fiumefrage Italien an der vollständigen Entmobilisierung hindert. Die Staatsfinanzen leiden weiter darunter, daß die Staatsbetriebe stark passiv sind, so die Post mit etwa 300 Millionen und die Eisenbahnen gar mit einer halben Milliarde. Ferner ist die Zahlungsbilanz passiv, weil die Auswanderer- und Fremdengelder fehlen, weil weiter die Einfuhr die Ausfuhr ganz gewaltig übersteigt. Aktiv ist der italienische Handel nur gegenüber Frankreich, der Schweiz und Griechenland. Dagegen liefern Brasilien, Argentinien und England weit mehr an Italien, als sie von ihm beziehen. Am größten ist jedoch diese Disproportion gegenüber den Vereinigten Staaten. Italien liefert an die nordamerikanische Republik nicht einmal 1½ % von dem, was es von dort bezieht. Der Preissturz der Lira wird von italienischer Seite auch damit erklärt, daß in den letzten Wochen die hiesigen Großindustriellen der Baumwollbranche die Erlaubnis erhalten hätten, von der Regierung große Partien Baumwolle im Ausland zu bestellen, die sie sofort hätten bezahlen müssen, wodurch natürlich eine allzu große Nachfrage nach Dollars und Sterlings sich eingestellt habe, und zwar für riesige Beträge. Soweit die Entwertung der Lira davon abhängt, daß der Notenumlauf übermäßig groß ist, wird die bevorstehende Vermögensabgabe eine Besserung bringen. Der starke Fehlbetrag aber in der Zahlungsbilanz läßt sich erst allmählich ausgleichen, und bis dahin braucht Italien dringend amerikanische Kredite, deren Gewährung Washington davon abhängig macht, daß vorher das Problem Fiume geregelt und erledigt ist. Auf alle Fälle gehört auch Italien zu den Ländern, die zu ihrer wirtschaftlichen Erholung der amerikanischen Unterstützung bedürfen.

Deutsche Volkswirtschaft.

Gewinnbeteiligung der Arbeiter und Angestellten. Eine zeitgemäße Satzungsänderung schlägt die Schultheiß-Brauerei A.-G. in Berlin ihrer Generalversammlung vor: die Beteiligung der Kopf- und Handarbeiter am Reingewinn. Ferner wird die Genehmigung nachgesucht, den Fonds der Rich.-Roeckke-Beamten-Pensionskasse aus dem Gesellschaftsvermögen auszuscheiden und in eine rechtsfähige Stiftung umzuwandeln.

Ausländische Volkswirtschaft.

Die Goldausbeute in Transvaal betrug im Oktober 3 074 174 Lstr., von denen 18 409 Unzen Gold im Werte von 78 195 Lstr. auf die Distrikte außerhalb des Witwatersrand entfielen, gegen 2 967 287 Lstr. im September 1919 und gegen 2 887 455 Lstr. im Oktober 1918. Ende des Monats waren in Goldminen 167 499, in Kohlenbergwerken 12 691 und in Diamantminen 4492 Arbeiter beschäftigt.

Aktiengesellschaften.

Die Generalversammlung der Vereinigten Gummiwarenfabriken Harburg-Wien setzte die Dividende auf 10 % fest. Der Vorsitzende erklärte, die Aussichten seien unbestimmt. Die Beschäftigung der Fabriken sei gegenwärtig befriedigend. Die weitere Zukunft sei abhängig von der Kohlenversorgung, der Beschaffung von Rohmaterial und den die Gummipreise beeinflussenden Valutaverhältnissen.

Die Generalversammlung der Ilseder Hütte in Groß-Ilsede, über deren wichtigste Beschlüsse wir schon am Sonntagblatt berichteten, wählte als Vertreter der Reichsregierung in den Aufsichtsrat Unterstaatssekretär Goldkuhle und Geh. Regierungsrat Demuth in Berlin. Die Regierung wird in Zukunft mit einem Viertel des erhöhten Aktienkapitals beteiligt sein, so daß die Hauptversammlung Beschlüsse, die einer Dreiviertelmehrheit bedürfen, also namentlich Kapitalserhöhungen, nicht mehr ohne Zustimmung des Reiches fassen kann. Eine Vertretung der Regierung im Aufsichtsrat ergibt sich bei ihrer starken Aktienbeteiligung von selbst. Dem zu bestellenden Regierungskommissar wird ein Aufsichtsrecht besonders hinsichtlich des Bergbaues gegeben.

Die Consolidated Goldfields of Africa weisen ihren Reingewinn für das Jahr 1918/19 mit 545 107 Lstr. aus. Als Dividende kommen 7 % zur Verteilung, die steuerfrei bleiben.

Dividendenvorschläge.

Gesellschaften	Vorschläge 1918	Gezahlte Dividende 1917	1916	1915	1914
Eisengießerei u. Schlossfabrik in Velbert (Gebr. Judick) . .	10*) 7**)	25 9	15 9	5 9	4 6

*) und 100 ℳ Bonus pro Aktie.
**) und 5 % Bonus.

Börse.

London, 21. November. (Privatdepesche.) Der Geldmarkt wies feste Haltung auf. Täglich kündbares Geld bedang, 4¾ bis 5 %. Der Diskontmarkt lag ruhig, aber fest. Zweimonatswechsel erforderten einen Zinsfuß von 5⅞, Dreimonatswechsel einen solchen von 5 11/16 %.

Devisenkurse.

Berlin, 22. November.

Die Vorzugs-Einlösungskurse für Heimkehrer sind für die Woche vom 24. November bis 30. November wie folgt festgesetzt (in Klammern die Kurse der Vorwoche):

Amerika Noten	Amerika Scheck	England Noten	England Scheck	Frankreich Noten	Frankreich Scheck	Belgien Noten	Belgien Scheck
45 (38)	40 (35)	180 (160)	160 (145)	400 (400)	400 (350)	500 (480)	450 (400)

Unter Notenkurs ist der Kurs für umlauffähiges Bargeld, Gold und Silber zu verstehen, unter Scheckkurs der Kurs für Schecks, Quittungen, Armee- und Stadtgeld, Not- und Lagergeld sowie Kleingeld.

Wien, 22 November.

	K.v. 22 11.	21. 11.		K.v. 22 11.	21. 11.
Berlin	845,00	845,00	Konstantinopel . .	—	—
Amsterdam	48,50	45,00	Türkische Noten .	—	—
Zürich	2400,00	2130,00	Marknoten	844,00	844,00
Kopenhagen	2855,00	2705,00	Rbl.-N. Romanow .	—	—
Stockholm	3120,00	2910,00	. Dama . . .	—	—
Christiania	2990,00	2840 00	Levantenoten . .	—	—

Prag, 22. November. Notierungen der Devisenzentrale.

	K.v. 22. 11.	21. 11.		K.v. 22. 11.	21. 11.
Berlin	141,0	141,00	Wien	42,00	42,00
Marknoten	138,00	138,00			

London, 21. November.

	K.v. 21. 11.	K.v. 20. 11.
Privatdiscont	5¼	5¼
Silber loko	78¼	78¼
do. auf Lieferung	71¼	—
Wechsel auf Deutschland	180,00	188,00
do. . Amsterdam kurz	10,78	10,78
do. . Paris 3 Monate	39,08	39,10
do. . Paris kurz	—	—
do. . Brüssel	36,65	36,28

Neuerscheinungen.

Huth, Walter: Völkerbund und Weltwirtschaft. Berlin 1919, Verlag Siemenroth.

Ein Völkerbund hat nur dann dauernden Bestand, wenn der Weltverkehr auf eine neue Grundlage gestellt wird. Denn es sind in erster Linie wirtschaftliche Interessengegensätze, die zu den Kriegen geführt haben. Der Verfasser will daher die Grundsätze darlegen, nach denen sich in Zukunft die wirtschaftlichen Beziehungen der Völker untereinander gestalten müssen, um einen dauernden Wirtschaftsfrieden anzubahnen. Vor allem fordert er, unter Berufung auf Brentano, Abbau der Zollmauern, Beseitigung der Ausfuhrprämien (Dumping) und internationale Handelsverträge.

Handbuch Börsenwerte 1919/20. (Finanzverlag G. m. b. H., Berlin C 2, Neue Friedichstrasse 47. Preis 30 ℳ.) Die neue Jahresausgabe des Handbuchs Börsenwerte ist eine Jubiläumsausgabe; es erschien zum ersten Male im Jahre 1894. Eine Erweiterung zeigt die neue Ausgabem insofern, als nicht nur diejenigen Aktiengesellschaften darin behandelt sind, deren Werte an der Berliner Börse eingeführt sind, sondern auch eine grosse Anzahl von Gesellschaften, die die Börsen von Frankfurt a. M., Hamburg, Dresden und andere interessieren und dort im amtlichen Verkehr oder im freien Verkehr gehandelt werden. Ausser den Bilanzen sind bei jeder Gesellschaft auch die Namen und Adressen der Verwaltungsmitglieder, die Bankverbindungen, Dividenden der letzten Jahre, Tag der Gründung und Tag der letzten ordentlichen Generalversammlung angegeben. Das Werk ist als Nachschlagebuch für Bankiers, Industrielle und Kapitalisten recht wertvoll.

Paul Koch: Der Wirtschaftskrieg und der Wiederaufbau unseres Aussenhandels. Berlin, Verlag von Karl Siegismund. 156 S. Brosch. 5 ℳ.

Der Verfasser will über das von Kieler Institut für Seeverkehr und Weltwirtschaft in den bedeutendsten Veröffentlichungen gesammelte Material über den Wirtschaftskrieg unter Beschränkung auf das Wichtigste „einen kurzen Ueberblick" verschaffen. Die feindlichen Massnahmen werden in ihren bedeutendsten Erscheinungen dargestellt. Neues teilt der Verfasser, dem Zweck seiner Schrift entsprechend, nicht mit. In den beiden Schlussabschnitten, deren erster vor der Unterzeichnung des Friedensvertrages geschrieben ist, erfolgt eine allgemeine Schilderung unserer gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage mit Ausblicken auf die Zukunft. Zu rascher Orientierung ist das Buch demjenigen, dem es auf die Kenntnis der allgemeinen Grundzüge, und nicht auf Einzelheiten ankommt, ohne Bedenken zu empfehlen.

Dr. E. Sch.

Heinrich Lübbering: Der Kleinhandel nach dem Frieden. M.-Gladbach 1919, Volksvereinsverlag.

Die alte Streitfrage nach der Produktivität und Berechtigung des Kleinhandels ist mit der Notwendigkeit, unsere Volkswirtschaft rationell zu gestalten, aus einer theoretischen zu einer praktischen Frage geworden. Es handelt sich dabei um Probleme, zu denen der Berufsstand der Kleinhändler das richtige Verhältnis finden muss. Die Behandlung und bestmögliche Lösung dieser Probleme ist jedoch nur zweckbeleistet, wenn der Kleinhandelsstand geeinigt ist und ordnungsmässig arbeitende Organe zur Bildung des Gemeinschaftswillens zur Verfügung hat. Die vorliegende Schrift gibt Anregungen zur Arbeit an diesem Ziele.

Theater für Montag, den 24. November 1919.

Opernhaus. Unter den Linden. 219. Abonnem.-Vorstellung. Faterina. Musikalisches Lustspiel in drei Akten von Hans Pfitzner. Anfang 6 Uhr. — Dienstag, 244. Abonnements-Vorstellung. Violetta. Anfang 7 Uhr.

Schauspielhaus. Am Gendarmenmarkt. 257. Abonnem.-Vorstellung. Nathan der Weise. Dramatisches Gedicht in fünf Aufzügen von Lessing. Anfang 7 Uhr. — Dienstag, 258. Abonnements-Vorstellung. Maria Stuart. Anfang 8½ Uhr.

Kleines Theater. 7½ Uhr: Er kann nicht beichten.

Kleines Schauspielh. 7½ Uhr: Kleine und Reiche oder Uhr: Freut Euch des Lebens.

Residenz-Theater. Täglich 8 Uhr: Das höhere Leben. Sonntag 4 Uhr: Gespenster.

Trianon-Theater. Täglich 7½ Uhr: Maskerade. Donnerst. 4: Schwerenöthchen. Sonn. 4 Uhr: Aschenbrödel.

Volksbühne Theater am Bülowplatz. Direktion: Fritz Kortner. 7½ Uhr: Predigt in Litauen.

Reichshallen Theater. 7½ Uhr u. Sonntags Nachmittag 3 Uhr: Steffner Sänger. Nachmittag ermäßigte Preise! Reichshallen-Saal: Dinkoff-Brettl. Anfang 7½. Stolz 8 Uhr. Neues Progr.

Winter-Garten. Wegen des umfangreichen Revuen-Spielplans Anfang 7½ Uhr. Hanchen gestattet.

Wir suchen für verabschiedete Offiziere geeignete Zivilbekleidungsstücke. Offiziersheim Verwaltungsstelle Berlin, Hallesches Ufer. 20.

Gold, Silber, Platin in jeder Form, auch alt, zu höchsten Tagespreisen, kauft stets 8480 Franz Urbaschek Gold- und Silberscheideanstalt SW. 68, Markgrafenstraße 23.

Brillanten Juwelen, Perlen, Smaragde und Perlschnüre kauft zu hohen Preisen M. Spitz, BERLIN Friedrichstrasse 91/92 zwischen Mittel- und Dorotheenstrasse.

Pianos neue und gebrauchte auf Teilzahlung. Pianohandlung Adolf Schlesinger. Göbenstr. 10. Lützow 1458

Antik vergoldete und lackierte Möbel Anfertigung und Renovierung jeder Art G. Blomgren Berlin S.W. 68 Lindenstrasse 16/17 Fernspr. Mpl. 8439.

J. Gustav Reinrieus Oelgemälde. Wilhelmstr. 46/48. Lieferer dem Kriegsministerium. Prof. Hans Dahl, Prof. W. Friz, Prof. Hans Herrenbrecher, H. Kaulbach.

MÖBEL Lieferung kompletter Herren-, Speise-, Schlaf- und Wohnzimmer ab Fabrikgebäude mit eig. Lastauto nach jedem Ort. MÜLLER Berlin, Alexanderstr. 31, Tel. Kpt. 788. 20

Säcke aus Kraftpapier, Krepppapier sowie allen Arten Stoffe, Fabrikate: Fritz Eilersfun Bielefeld Fabrik-Marke: Elefant.

Stottern Dann überlegen sofort! Schriftl. Aufklär. umsonst. G. Naeckel, Rentzlüh, Rechtsstr. 5. (Physiko-Institut)

Gute Antiquitäten An- und Verkauf ALTKUNST G. m. b. H. * Wilhelmstr. 42 a.

Detektiv Rauschild Polizeioberwachtmeister a. D. Hochbach, Kriminal. Berlin, Friedrichstr. 193, Tel. 9601.

Juwelen Perlen An- und Verkauf Margraf & Co. G. m. b. H. Kanonierstrasse 9 Tauentzien. str. 18A.

INDUSTRIE-BAUTEN Brücken, Hüttenbauten, Werftanlagen, Eisen-Wasserbauten, Blech-Konstruktionen, Maste. AKTIENGESELLSCHAFT LAUCHHAMMER in Lauchhammer, Prov. Sachsen.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Max Rudolf Sonnemann, Berlin. Für den Nachrichten- und „Geschäftliche Mitteilungen" verantwortlich: Herm. Sachse-Schmacher, Berlin. Druck und Verlag der Rudolf Mosse Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3.